



medico international

rund- schreiben 02/13

Südasiens: Mörderische Textilindustrie
Haiti: Hilfe, die nicht hilft
Mali: Frieden durch Krieg?

KOMMENTAR 4
BANGLADESCH 8
HAITI 14
PROJEKTE –PROJEKTIONEN 20
SYRIEN 22
VERANSTALTUNG 28
SÜDAFRIKA 30
ISRAEL/PALÄSTINA 33
MALI 36
MEDICO AKTIV 42
MEDICO MATERIALLISTE 44
SERVICE/IMPRESSUM 46

Liebe Leserinnen und Leser,

in einem brasilianischen Blog der Webseite Outras Palavras (Andere Worte: www.outraspalavras.net) schreibt eine junge Brasilianerin unter der Überschrift „Der mögliche brasilianische Frühling“ zu den jüngsten Massendemonstrationen in vielen Großstädten Brasiliens: „Ob wir das freie Recht fordern uns überall in der Stadt unabhängig von Geld zu bewegen, oder wie die Türken: mehr Parks, weniger Shoppingcenter, ob wir die Weltmeisterschaft und die Olympiade kritisieren oder ob wir ein einheitliches und funktionierendes öffentliches Gesundheitssystem fordern – dann sagen wir eigentlich: Wir wollen einen Staat, der zuerst unseren Interessen als Bürger dient.“ Sie schließt mit: „Wir sind der Staat.“

Man versteht schon, dass es in Istanbul nicht nur um den Gezi-Park und in Brasilien nicht um die Fahrpreiserhöhung von 20 Centavos geht. Es geht um nichts weniger als eine Zukunft, in der wir uns noch als Menschen und Individuen denken können und nicht als Homo oeconomicus, als Käufer, effiziente Mitarbeiterin oder einfach als überflüssig. Dass der Kapitalismus von unserem

Leben in seiner Gänze Besitz ergreift, schafft Entsetzen, aber auch erstaunliche Koalitionen – weltumspannend. Denn einer neuen Internationalen gleich nehmen die Demonstrantinnen und Demonstranten von Kairo bis Rio de Janeiro voneinander Notiz und aufeinander Bezug.

Ist dieser legitime Aufbruch ein Phänomen der Mittelschichten in den aufsteigenden Ländern? Oder wird der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben auch die Beseitigung der sozialen Ungleichheit berücksichtigen? Das Leben der Menschen auf dem Taksim-Platz und in der Avenida Paulista ist einander näher als das der überlebenden Frauen und Männer aus dem eingestürzten Hochhaus Rana Plaza in Bangladesch oder den Bewohnern des Camp Corail in Haiti. Die Frage nach der Umverteilung aber, die sich mit der sozialen Frage stellt, ist eine Machtfrage. Sie ruft mächtige Gegner auf den Plan. 20 Centavos Preiserhöhung in Brasilien kann man zurücknehmen, ein öffentliches Gesundheitswesen, das funktioniert, braucht nicht nur mehr Geld, sondern auch öffentliche Sphären ohne Kapitalismus. Da ist noch ein langer Weg zu gehen. Aber in einer Atmosphäre, in der Alternativen wieder gewünscht und gedacht werden, entstehen die Pfade und Brücken, die den Weg begehbar machen.

Caminante no hay camino / se hace el camino al andar – Wanderer es gibt keinen Weg / Den Weg schafft man ihm Gehen – sind Verszeilen eines Gedichtes von Antonio Machado, dem spanischen Lyriker, der auf der Flucht vor dem Franco-Regime starb. Daran erinnerte ich mich, als ich mit Suzy Castor in Haiti sprach. Denn sie sah in der Zusammenarbeit zwischen dem von ihr geleiteten Institut in Haiti und medico eine solidarische Beziehung, die durch die gemeinsame politische Geschichte, das gemeinsame Reflektieren dieser Erfahrung auch in der schwierigen Situation von Haiti, im „gemeinsamen Gehen Pfade schafft, die weiterführen, ohne die Haitianer zu bevormunden“. Ein Satz, der mich anrührte und mir deutlich machte, dass in der Entwicklung solidarischer Beziehungen mit unseren Partnern ein Weg liegt, die ambivalenten Wirkungen von Hilfe in gemeinsame Lernprozesse und eine verändernde Kraft zu verwandeln. Über die Haiti-Hilfe und Suzy Castor können sie in diesem Heft mehr erfahren.

Überhaupt gibt es dieses Mal viel Lesestoff. Es ist Sommerzeit, und wir mussten Ihnen lange Texte in neuem Gewand zu. Eine bewegende Reportage aus Bangladesch von den Überlebenden des Hochhauseinsturzes, ein traumatisch-schönes Essay des syrischen Schriftstellers Taha Khalil und Auszüge aus der Podiumsdiskussion zur Mali-Intervention, die wir in Frankfurt Mitte März führten. Um nur einige Themen zu nennen.

Herzlichst Ihre




**Der Preis der Ausbeutung:
Die Narbe einer bei der
Katastrophe von Savar
verletzten Textilarbeiterin.**

Betrogene Betrüger

Über die strukturelle
Gewalt im kapitalisti-
schen Alltag

Der verhängnisvolle Zusammenhang zwischen todbringenden Arbeitsbedingungen im globalen Süden und fatalen Glücksversprechen im Norden.

Von Thomas Gebauer

Als im September letzten Jahres mehr als 300 Arbeiterinnen beim Brand in einer Textilfabrik in Pakistan getötet wurden, war in den lokalen Zeitungen von einem „worker's 9/11“ zu lesen, der sich für immer ins Gedächtnis des Landes eingebrannt habe. Damals schien vielen die Erinnerung an den Terroranschlag auf das New Yorker „World Trade Center“ noch unverständlich. Als im April 2013 dann 1.129 Menschen beim Einsturz eines mehrstöckigen Geschäfts- und Fabrikgebäudes in Bangladesch ums Leben kamen, drängte sich die Assoziation förmlich auf.

Wie in Pakistan waren auch in Bangladesch die Opfer mehrheitlich Frauen. Textilarbeiterinnen, die unter kaum vorstellbaren Bedingungen und für einen Hungerlohn von wenig mehr als einem Euro pro Tag Kleider für die internationale Mode- und Textilindustrie zusammennähten: zehn Stunden am Tag, sechs Tage die Woche, eingeschlossen von einem Management, das noch im Moment der Katastrophe zur Arbeit antrieb. Eine wirkliche Alternative zu solcher Ausbeutung hatten die Frauen nicht. Sie hätte nur noch größeres Elend bedeutet oder einfach nur das Verhungern. Das sei Sklavenarbeit, befand der neue Papst, und niemand wollte ihm widersprechen.

Ausbeutung als Medienthema

Klare Worte fanden mitunter auch die hiesigen Medien. Kaum ein Kanal, der die Katastrophe in Bangladesch nicht zum Thema gemacht hätte.

Mit einem Mal drehte sich die öffentliche Aufmerksamkeit um das, was zuvor nur ein paar engagierte Menschenrechtler beschäftigt hatte: die Kritik an ausbeuterischen Geschäftsmodellen, untätige Behörden, mangelnder Brandschutz, die Korruption lokaler Eliten, die Praktiken internationaler Textildiscounter, die es offenbar für völlig normal hielten, parallel zu den Beteuerungen, für verbesserte Arbeitsbedingungen zu sorgen, von den Zulieferern weitere zweistellige Rabatte zu verlangen.

So richtig die breite Empörung gewesen ist, ging sie doch fast immer am Kern des Problems vorbei. Denn das eigentlich Skandalöse liegt darin, dass es erst der spektakulären Katastrophe bedurfte, um die Schrecken der Welt, um Ausbeutung und unmenschliche Arbeitsbedingungen, die für unzählige Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika längst zum Alltag geworden sind, bewusst zu machen. Das Elend der „Sklaven des 21. Jahrhunderts“ ist inzwischen so normal, ja fast schon banal, dass sich erst mit der Übertretung der Normalität, am Einsturz eines Gebäudes, Einspruch und Protest entzünden konnten.

Und so stehen die jüngsten Unglücksfälle der Textilbranche in Karatschi, Dhaka und Savar beispielhaft für das, was in der kritischen Sozialwissenschaft mit dem Begriff der strukturellen Gewalt gemeint ist. Eine Gewalt, die in den gesellschaftlichen Verhältnissen selbst begründet ist und tagtäglich Tausende von Menschen verrecken lässt, ohne dass Krieg herrschte oder einzelne Täter

auszumachen seien. Es ist die Gewalt der herrschenden Strukturen, die heute überall auf der Welt Menschen in ihren Lebenschancen beeinträchtigt, ihre Umwelt zerstört, ihnen notwendige Hilfen verweigert, sie in krankmachende Wohnungen steckt oder durch Arbeit zu Tode schindet: ob in den pestizidgeschwängerten Blumenplantagen Kolumbiens, den quecksilberverseuchten Goldminen Sierra Leones, bei der Rohstoffextraktion im Kongo, in mexikanischen Maquiladoras oder eben den Textilfabriken in Pakistan, Bangladesch und neuerdings Haiti.

Das nächste Unglück wird kommen

Selbstverständlich ist es notwendig, einzelne Akteure zur Rechenschaft zu ziehen: profitgierige Geschäftsleute, korrupte Beamten, skrupellose Discounter. Sie alle aber sind letztlich nur Ausdruck eines kapitalistischen Alltags, der das eigentliche Problem darstellt. Auch die derzeitige deutsche Entwicklungspolitik gehört dazu. Zwar rühmt sich der zuständige Minister stets, bei der Verbesserung von Umwelt- und Sozialstandards zu helfen, doch macht er dann ausgerechnet jene zu Hoffnungsträgern auf einen verbesserten Arbeitsschutz, die das Elend zwangsläufig vorantreiben werden: das private Business.

Denn Discounter sind nicht einfach nur besonders gierige Zeitgenossen. Sie tun das, was sie tun müssen, um in der Konkurrenz am Markt zu überleben. Das ist auch der Grund, warum all die freiwilligen Selbstverpflichtungen, die derzeit von der Bekleidungsindustrie unterschrieben werden, nicht das Papier wert sind, auf dem sie stehen. Solange die Politik nicht regulierend eingreift und sich das Recht auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen, das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und das Recht auf soziale Sicherung über Sanktionen durchsetzen lassen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die nächste Katastrophe zu beklagen sein wird.

Höchst bedenklich ist es, wenn in der aktuellen Debatte über die „Post-2015-Entwicklungsagenda“ die vom UN-Generalsekretär einberufene Expertenkommission das bereits kodifizierte Menschenrecht auf „decent work“ (annehmbare Arbeit) verwässert, indem es nur noch von Wachstum und vagen „good jobs“ spricht, für die bestenfalls „flexibly regulated labor markets“ notwendig seien. Eine unverblümete Einladung, die eh schon weltweit unter Druck stehenden Arbeitsschutzbestimmungen noch weiter auszuhöhlen und die Idee „annehmbarer Arbeit“ schließlich durch „zumutbare“ zu ersetzen. Der Bericht der Experten, co-präsiert von David Cameron, erinnert an eine globalisierte deutsche „Agenda 2010“, freilich unter Verzicht auf jegliche soziale Sicherung, denn noch nicht einmal die ILO/WHO-Initiative „Social Protection Floor“ war den Experten einen Verweis wert. Hauptsache Wachstum.

So billig wie möglich

Das Elend des globalisierten Kapitalismus, das heute auf so erschütternde Weise in der Bekleidungsindustrie deutlich wird, reicht zurück bis in die frühen 70er Jahre des letzten Jahrhunderts. Damals schienen in den Industrieländern die Grenzen des Wachstums erreicht und die Schaffung von Rendite nur noch möglich über die Senkung der Produktionskosten. Entsprechend wurden Arbeitsplätze in die Länder des Südens verlagert, die Produktionsabläufe internationalisiert, die Firmen selbst grenzüberschreitend verschachtelt. Für die notwendigen Rahmenbedingungen sorgten die „Strukturanpassungsprogramme“ des Internationalen Währungsfonds (IWF). Als Belohnung dafür, dass beispielsweise Bangladesch auf Einnahmen aus Steuern und Zölle verzichtete, die Hürden des Arbeits- und Umweltschutzes herabsenkte und es zuließ, dass das Recht auf gewerkschaftliche Organisation beschnitten wurde, öffnete der Norden seine Märkte auch für Textilprodukte aus dem globa-

len Süden. Und die ließen sich hierzulande, trotz Gewinnspannen von 700 bis 1.000 Prozent, noch immer kostengünstig verkaufen.

Denn die Nachfrage nach billigen Klamotten ist in Europa in dem Maße gewachsen, wie sich hier Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse breit gemacht haben. Zumal unter kapitalistischen Bedingungen der Konsum von Waren nicht irgendein Randphänomen darstellt, sondern selbst hoch aufgeladen ist. Konsum bedeutet Status, schafft Identität, und nicht wenige sehen im Konsum ein letztes verbliebenes Glücksversprechen. Das Glück, das mit dem Kauf von T-Shirts, Turnschuhen oder Handys einhergeht, hält aber bekanntlich nicht lange an. Schon bald verlangt es nach neuer Befriedigung, nach weiterem Konsum, einem neuen T-Shirt, dem aktuellsten Handy. Auf perfekte Weise trifft eine nicht eigentlich zu befriedigende Nachfrage fetischisierter Waren auf Produktionsverhältnisse, in denen die Entlohnung der Produzenten immer weiter gedrückt wird und im Extrem gegen Null geht.

Das soziale Gift

Chemisch vergiftete Waren machen unmittelbar Angst; das „soziale Gift“, das in Waren steckt, kommt aber nur mittelbar zum Ausdruck: in todbringenden Arbeitsbedingungen ebenso wie in einem fatalen Glücksversprechen, das die Idee der Freiheit an den Konsum knüpft. Betrogen sind am Ende beide, die Konsumenten wie die Produzenten. Zum Wohle eines Systems, das es nicht verdient hat, erhalten zu bleiben.



Nach dem Einsturz

Das Unglück von Savar und seine Folgen



Der hohe Preis billiger Kleidung: Ein Besuch in Bangladesch bei den Opfern einer mörderischen globalen Textilindustrie.

Von Thomas Seibert

In einem Jeep des medico-Partners Gonoshasthaya Kendra [GK] haben der Fotograf Gordon Welters und ich uns auf den Weg nach Savar und Ashulia gemacht, den Zentren der Textilindustrie Bangladeschs. Hier stand das Hochhaus Rana Plaza, in dem eine Shoppingmall und eine Textilfabrik untergebracht waren. Am Morgen des 24. April 2013 stürzte der Komplex ein. Sekunden später lagen die neun Stockwerke eins auf dem anderen. „wie ein Sandwich“, sagt uns ein Augenzeuge, mit dem wir ins Gespräch kommen. Der Eigentümer hatte seine Angestellten zur Arbeit gezwungen, obwohl sich am Gebäude tags zuvor tiefe Risse zeigten und die Behörden die Evakuierung angeordnet hatten. Zum Einsturz kam es unmittelbar nach einem Stromausfall, aufgrund der Vibrationen, die von den wuchtigen Notstromgeneratoren ausgingen. Ein solcher Generator stand auf jedem Stockwerk des Rana Plaza.

Fast einen Monat lang gruben Rettungsmannschaften, darunter ein Notärzteteam von GK, schmale Stollen in den Schuttberg, bargen Tag um Tag Leichname und Überlebende aus den Trümmern, insgesamt 1.129 Tote und 2.500 Verletzte. Unbekannt die Anzahl der Toten, die nicht geborgen werden konnten. Sie wird sich mit der Zahl der Menschen decken, die auf die Frage nach dem Verbleib ihrer Mutter, ihres Vaters, ihrer Tochter oder Schwester, ihres Sohnes oder Bruders bis heute keine Antwort erhielten. Vom Rana Plaza sehen wir jetzt nur noch eine Grube, die sich langsam mit Wasser und Abfällen füllt. Auf ihrem Grund ein gelber Kleinwagen und ein grauer LKW,

die am Tag des Zusammenbruchs in der Tiefgarage standen, plattgedrückt, als ob sie in eine Schrottpresse geraten wären. An den Stacheldraht, mit dem die Grube abgesperrt wird, haben Gewerkschaften schwarze und rote Transparente mit Losungen der Trauer und der Wut geknüpft.

Geraubte Zukunft

Auf dem Weg nach Rana Plaza besuchen wir eine Klinik, die Überlebende aus Savar aufgenommen hat. GK-Kollege Dr. Arman führt uns in zwei nach Geschlecht getrennte Krankensäle. Den meisten, die hier liegen, wurden ein oder zwei Gliedmaßen, Arme, Beine, Hände oder Füße amputiert, manchen noch während der Bergung, ohne Betäubung, mit Metallsägen oder Fleischermessern, weil man sie anders nicht befreien konnte.

Die Betten stehen sich in Sechserreihen gegenüber, um fast jedes gruppieren sich Verwandte der Patienten. Die stickige Luft ist vom Lärm der Ventilatoren und unzähliger Gespräche, von einzelntem Weinen oder Gewimmer erfüllt. Viele der Patienten sind zutiefst verstört, können noch immer nicht verstehen, was ihnen widerfahren ist. Die meisten sind gerade mal zwanzig Jahre alt, junge Frauen und Männer, die am 24. April noch am Beginn ihres Lebens standen. Punkt 9:30 Uhr war dieses Leben für sie alle vorbei, auch wenn sie physisch davongekommen sind. Arbeiten werden sie niemals mehr. Wer zuvor nicht verheiratet war, wird schwerlich einen Partner oder eine Partnerin

finden, wird schwerlich Kinder haben können. Bezeichnenderweise ist das engumschlungene Paar in einem der Betten ein Geschwisterpaar. Shirina, 20, wurden beide Beine zerschmettert, infolge des schnellen Blutverlusts versagten ihre Nieren, sie wird immer schwer krank bleiben. Imamul, 26, gewährt der Schwester auch deshalb Trost; Shirinas Mann hat sie bereits wenige Tage nach der Rettung verlassen.

Entschädigungsfragen

Nachdem wir die Nacht im Gästehaus von GK verbracht haben, kehren wir zum Rana Plaza zurück, biegen direkt gegenüber in eine Seitenstraße ein und gelangen von dort über ein Gewirr kleiner und kleinster Straßen vor ein einstöckiges Anwesen, in dem vier Familien in je einem Raum zur Miete wohnen. Wir betreten ein kleines, dunkles Zimmer, in dem schon zehn junge Männer und Frauen eng beieinandersitzen. Im Laufe des folgenden, dreistündigen Gesprächs treten andere an ihre Stelle, am Schluss haben wir nacheinander mit dreißig Menschen gesprochen, sie alle Arbeiterinnen und Arbeiter von Rana Plaza. Was wir von ihnen erfahren, setzt die Gespräche fort, die wir schon im Hospital und an der Grube geführt haben. Viele von ihnen wurden verletzt, verloren engste Verwandte, vermissen Eltern, Geschwister oder Kinder.

Diesmal aber kreisen die Gespräche auch um Entschädigung – um das, was sie bisher unter diesem Titel erhalten haben. Nahezu allen wurden umgehend zwei Monatslöhne ausbezahlt, viele haben davon ihre Krankenhaus- und Arztrechnung bezahlt. Wer eine Tote oder einen Toten als nahen Verwandten identifizieren konnte, bekam mit dem Leichnam einen Scheck von 20.000 Thaka, umgerechnet 200 Euro. Zwei der Anwesenden erhielten einen von der Ministerpräsidentin Sheikh Hasina gezeichneten Scheck von 100.000 Thaka. Niemand weiß, ob es weitere Zahlungen geben

wird, keiner erhielt die Versicherung, dass die Kosten medizinischer Folgebehandlung – etwa die Entfernung von Metallschienen, die zur Heilung schwerer Brüche implantiert wurden – von irgendwem übernommen werden.

Alle, die wir sprachen, sind ohne Anstellung, einige wollen nie mehr in einer Fabrik arbeiten. Eine Frau wird von Panikattacken gequält, sobald sie ein größeres Gebäude betritt. Ohne jede Entschädigung verblieb Sakib, ein zehnjähriger Junge, der noch zwei Brüder und eine Schwester hat. Die Mutter arbeitete in Rana Plaza und wird seit dem 24. April vermisst, der Vater verkauft am Straßenrand Backwaren. Auch wir sprechen von Entschädigung. Denn die Auftraggeber von Rana Plaza – C&A, KiK, Primark, Mango, Benetton – betreiben ihre Läden auch in den Fußgängerzonen deutscher Städte. Die meisten von ihnen haben kurz nach dem Kollaps von Rana Plaza ein Abkommen zur Arbeits- und Gebäudesicherheit unterzeichnet.

Das Abkommen hat keine Gesetzeskraft, ist eine freiwillige Verpflichtung – immerhin unter Einbindung von Gewerkschaften. Es gilt für Bangladesch, aber nicht für Pakistan oder Kambodscha, wo die Verhältnisse nicht besser sind. Es enthält kein Wort über die komplette Missachtung der Arbeiterrechte, Löhne unter dem Existenzminimum, tägliche Überstunden, fehlende Gesundheits- oder Altersversorgung und die gewaltsame Verhinderung gewerkschaftlicher Betätigung. Kein Wort zu der erbarmungslosen Konkurrenz, die den Produzenten in Asien von den Einkäufern aus Europa oder den USA aufgezwungen wird: eine Konkurrenz, die in dem Besitzer von Rana Plaza den Verbrecher fand, ohne den sie nicht funktionieren würde. Kein Wort davon, dass die internationalen Einkäufer gewusst haben, wie es in Rana Plaza zugeht, wie es an vielen anderen Orten Asiens weiter zugeht. Kein Wort, natürlich, zu Entschädigungen oder gar zu einem Recht auf Entschädigung.

Solidarität und Nothilfe

Das erinnert mich an die endlosen Gespräche über Möglichkeiten gemeinsam adäquate Entschädigungen durchzusetzen, die ich mit der pakistanischen Gewerkschafterin Zehra Khan kurz vor meiner Abreise nach Bangladesch in Frankfurt führte. Zehra ist eine schmale Frau mit langen schwarzen Haaren, in denen das erste Grau schon schimmert. Sie hat einen überraschend festen Händedruck. Zehra organisiert in Pakistan die Frauen, die in Hausarbeit nähen und den Zwangsverhältnissen in ihrer Vereinzelung noch stärker ausgesetzt sind. Sie werden noch schlechter bezahlt und haben noch weniger Rechte als die Fabrikarbeiterinnen. In Deutschlands teuerster Fußgängerzone nimmt Zehra an den Protesten teil, die in Solidarität mit den Arbeiterinnen und Arbeitern der asiatischen Textilindustrie die Läden von C&A und Primark blockierten. Zum ersten Mal erfährt sie, wie spottbillig, ja vergleichsweise wertlos die Textilien in Deutschland sind, die in Asien unter Lebensgefahr produziert werden. Zehra berichtet den Demonstranten vom Schicksal der Arbeiterinnen und Arbeiter von Ali Textiles, einer Fabrik in Karatschi, in der am 11. September 2012, sieben Monate vor dem Einsturz von Rana Plaza, über 300 Menschen bei lebendigem Leib verbrannten. Die Fabrik arbeitete auf Rechnung des deutschen Discounters Kik.

Auch in Bangladeschs Hauptstadt Dhaka nehmen wir an einer Protestaktion teil. Organisiert wurde sie von der National Garment Workers Federation (NGWF), dem zweiten medico-Partner in Bangladesch. Auch hier geht es um die Entschädigung von Arbeiterinnen und Arbeitern einer Textilfabrik, diesmal der Tazreen Fashions Ltd. aus Ashulia, der Nachbarstadt Savars. Am 24. November 2012, zwei Monate nach dem Brand von Karatschi und genau fünf Monate vor dem Einsturz des Rana Plaza, verbrannten dort 117 Menschen, 200 wurden verletzt. Auch hier tragen global operierende Unternehmen Mitverantwortung, die ihre Jeans

und T-Shirts in deutschen Fußgängerzonen verkaufen: C&A und die Tuba-Gruppe, ein IKEA-Lieferant.

Der kleine Demonstrationszug endet schon nach einhundert Metern am Clubhaus der Journalistenvereinigung, wo wir bereits von 20 Reportern und Kameraleuten erwartet werden. Schnell verstehen wir, dass es sich eigentlich um eine Pressekonferenz handelt, auf der Gewerkschaftssekretär Amirul Haque das Recht auf volle Entschädigung und die Anerkennung aller anderen Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter fordert. Ein unverbindliches Brandschutzabkommen allein kann die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Ausbeutungsbetrieben dieser Welt nicht schützen. Die katastrophalen Unglücke in Pakistan und Bangladesch haben dies deutlich gemacht. Zum ersten Mal aber gibt es eine Öffentlichkeit, aufgeschreckt durch die erschütternden Ereignisse, die begreift, dass die Menschenwürde und die Interessen der Betroffenen nur gegen die großen Handelsketten und ihre Subunternehmen durchgesetzt werden können.

Weitere Texte von vor Ort unter:
www.medico.de/bangladesch

medico unterstützt in Pakistan und Bangladesch Partner, die sich für die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter einsetzen. Gemeinsam mit dem Bildungswerk TIE leisten wir Nothilfe und haben Gewerkschaftern aus Savar und Ashulia Mittel bereitgestellt, den Überlebenden und Hinterbliebenen mit Bargeldzahlungen und der Kostenübernahme von fünfzig medizinischen Folgebehandlungen zur Seite zu stehen.

Spendenstichwort: Südasien.



Arbeiterinnen und Arbeiter vom Rana Plaza berichten von Verletzungen, Verlusten und einer ungewissen Zukunft.

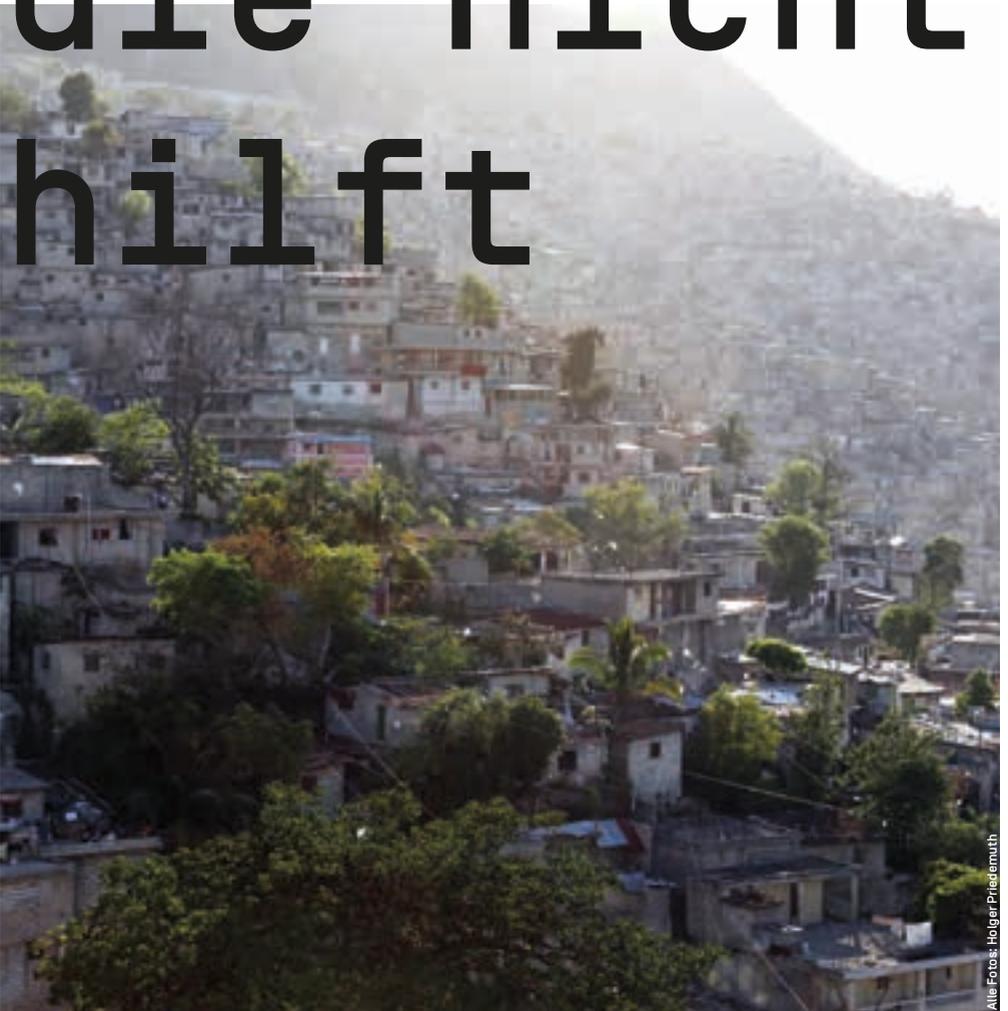


In einer Klinik werden die Opfer des Einsturzes versorgt.



Kampf um Entschädigungen: Eine vom medico-Partner NGWF organisierte Demonstration in Dhaka.

Hilfe, die nicht hilft



Alle Fotos: Holger Priedemuth

City of Slum: die Armutsmigration in die Hauptstadt konnte auch nach dem Erdbeben nicht gestoppt werden.

7.000 NGOs und Milliarden Dollar Hilfgelder haben es nicht vermocht, Haiti besser wieder aufzubauen. Erkundungen vor Ort.

Von Katja Maurer

Im Landeanflug auf Port-au-Prince. Im vergangenen Jahr noch sah man ein Meer aus blauen Zeltstädten, die sich über die ganze Stadt verteilten, trug der Flughafen die Wundmale der Zerstörung und war das Terminal ein Provisorium. Wie wird es diesmal sein? Kaum gelandet, betreten wir eine klimatisierte Halle, in der uns fünf Musiker mit karibischen Klängen und bunten Broschüren empfangen, die die touristischen Seiten der Insel anpreisen. Die Rolltreppen funktionieren, Klimaanlage sorgen für kühle Luft. Präsident Martelly hat die Wiedererrichtung des Flughafens zur obersten Priorität erklärt. Dieser und ein neues Luxushotel sind seine frohe Botschaft für Geschäftsleute und Vertreter von Hilfsorganisationen: „Haiti is open for business“, so lautet Martellys politische Vision, die der ehemalige Schlagersänger beständig wiederholt, als sei es der Refrain eines Liedes. Die Musiker, der Präsident, die Rolltreppen und Klimaanlage – es wirkt, als wäre die gewaltige humanitäre Katastrophe, die ein ohnehin darbenendes Land vor drei Jahren vollständig verwüstet hat, bereits Vergangenheit.

Wer sich auf diese Melodie einlässt, kann durchaus Fortschritte feststellen. Viele Zeltstädte, in denen über 600.000 der anderthalb Millionen obdachlos gewordenen Menschen seit dem Erdbeben lebten, sind verschwunden. Die Stadt hat wieder freie Plätze, der Schutt der Zerstörung ist vielerorts beseitigt. Der Eindruck von Fortschritt kann sich aber auch schnell wieder verflüchtigen. Schon wenige Meter entfernt vom Flughafen drängen sich die Menschen dicht an dicht in arm-

seligen Bussen und Taptaps. An den Straßenrändern bieten aberwitzig viele Verkäufer ihre wenigen Habseligkeiten feil. Die Bevölkerungszahlen von Port-au-Prince sind weiter gestiegen und verschärfen damit die strukturellen Probleme des Landes sowie die Überlastung der Hauptstadt. Im vierten Jahr nach dem Erdbeben vom 12. Januar 2010 ist ein großer Streit um die Erdbebenhilfe entbrannt. Bücher und Untersuchungen tragen vielsagende Titel: „Tödliche Freundlichkeit“ von Mark Schuller, „Wie die Welt kam, um Haiti zu retten und eine Katastrophe hinterließ“ von AP-Korrespondent Jonathan Katz oder „Tödliche Hilfe“, eine Zwei-Stunden-Dokumentation des haitianischen Filmemacher Raoul Peck. Was ist geschehen? Und was bedeutet es für medico als eine von vielen Tausend Hilfsorganisationen, die 2010 nach Haiti kamen? Ich reise mit einem Kameramann und einem Kollegen, um Antworten auf diese Fragen von unseren haitianischen Partnerinnen und Partnern zu bekommen.

Gewachsene Abhängigkeiten

Ob in den Gesprächen mit der Historikerin Suzy Castor, der Schriftstellerin Yanick Lahens, dem Bauernführer Jean Baptiste Rosnel, dem Gesundheitsaktivisten Richard Bercy, dem Menschenrechtler Pierre Esperance oder der dominikanisch-haitianischen Frauenrechtlerin Marisol Hernandez – stets ist das Resümee eindeutig. Das Versprechen, das Bill Clinton im Namen der internationalen Regierungen gegeben hat, „Haiti bes-



Straßenhändler konkurrieren um die Kunden und nutzen deshalb ungern die nach dem Beben errichteten Märkte.



Hübsch gemacht für den Arzt. Während einer ambulanten Sprechstunde des medico-Partners SOE.

ser wieder aufzubauen“, sei nicht erfüllt worden: die Menschen lebten unter noch unwürdigeren Bedingungen als zuvor; es gebe keine ökonomische Perspektive für die 80 Prozent Armutsbevölkerung in Haiti; auf dem Land sei die Situation noch schlechter als vor dem Beben; der Migrationsdruck in die wenigen Städte sei weiter gestiegen. Haiti ist heute, so die einhellige Meinung, von fremder Hilfe noch abhängiger als zuvor.

Die einzige ökonomische Idee besteht in der Schaffung einer Sonderwirtschaftszone im Norden des Landes, in die die größten Investitionen der USA geflossen sind. 20.000 Arbeitsplätze sollen dort entstehen und eine koreanische Textilfirma Billigbekleidung für die großen Handelshäuser in den USA herstellen und zollfrei einführen kön-

nen. Erdbebenhilfe für Haiti – oder eher Subvention für Walmart und die koreanische Firma? 366 Bauern wurden für die Errichtung des Industrieparks enteignet. Das Gelände hat einen eigenen Hafen und ist genauso wenig an das Land angebunden wie Labadee. Der atemberaubend schöne Strand ist an einen internationalen Anbieter von Kreuzfahrten verpachtet. Den Passagieren wird beim Anlegen in Labadee mitunter verschwiegen, dass sie sich in Haiti befinden – des schlechten Klangs wegen.

Unwürdige Lebensverhältnisse

Wenn schon keine Arbeit, dann vielleicht würdiges Wohnen? Die Auflösung der riesigen Zeltstädte war eine der großen humanitären Aufgaben. Ein medico-Partner, das Menschenrechtsnetzwerk RNDDH, hat die Auflösung von Anfang an beobachtet. Immer wieder berichten sie von Zwangsräumungen durch die Polizei – ohne dass es für die Bewohner eine menschenwürdige Perspektive gab. Viele Lager wurden durch Einmalzahlungen von rund 300 Dollar geleert. Andernorts wurden einfach die Lebensbedingungen so verschärft, dass das Leben unerträglich wurde: die Wasserversorgung eingestellt oder die Toiletten abgeschafft. Dort aber, wo ein Teil der Obdachlosen des Erdbebens angesiedelt wurde, gibt es keine Arbeit. Wir fahren mit RNDDH-Mitarbeiter Esaie Clervil in das 18 Kilometer von Port-au-Prince entfernte Camp Corail. Die Ansiedlung wurde mit Geldern ausländischer NGOs errichtet. Der US-amerikanische Schauspieler Sean Penn hatte sich filmen lassen, wie er Zeltstadtbewohnern beim Einsteigen in Busse half, die sie hierher brachten. Im Camp liegen die T-Shelter aufgereiht wie zum Appell in glühender Hitze und staubtrockener Luft. Es soll ein Übergangslager sein, doch die mehreren Tausend Bewohner gehen nicht davon aus, hier jemals wieder wegzukommen. Die Einraumhütten haben kein WC, keine Küche, kein Wasser und keinen Garten zur Selbstversorgung.

Esaie Clervil war schon häufiger hier, weil die Menschenrechtsorganisation die Räumung der Lager und den Umgang mit ihren Bewohnern unter menschenrechtlichen Aspekten überwacht. Für ihn verletzt die Unterbringung der Menschen in diesem Lager das Gebot der Menschenwürde. Sie seien, so Clervil, komplett von fremder Hilfe abhängig. Denn ohne Verdienstmöglichkeiten könne man weder die Schule noch das Wasser oder auch nur die Busfahrt nach Port-au-Prince bezahlen, um dort etwas zu verdienen. In Camp Corail lassen sich leicht kritische Stimmen finden. Vor einer Hütte übt eine Frau mit ihrem sechsjährigen Jungen für die Schule französische Texte, obwohl beide nur Kreol beherrschen. Es ist ein einziges Lamento: dass sie nie von Port-au-Prince hätten hierher ziehen dürfen; dass sie hier niemanden kennt; dass die Versprechen nicht eingehalten wurden. Ihre nicht versiegende Rede offenbart eine depressive Struktur, eine Ohnmacht, die ein Dasein im Dauerzustand des Irgendwie-Überlebens prägt. Die Erdbebenhilfe für Haiti hatte gute technische Ideen, was man besser machen könnte, aber keine, die zu der Geschichte, dem Kontext und den Menschen des Landes gepasst hat.

Rund um Corail breiten sich entlang der abgeholzten Hügel ungeplant weitere Elendsviertel aus. Dazwischen errichtet die Regierung doppelstöckige Häuschen mit bunten Fassaden. Mit ausländischer Hilfe, erzählt Pierre Esperance, der Chef von RNDDH, sei ein riesiges Elendsviertel errichtet worden, das bald größer sein werde als Cité Soleil. Die Angst vor jenen Armen ohne Perspektive ist der Grund, warum die UNO in Haiti die zweitgrößte Militärmission der Welt betreibt.

Unweit dieser Wüstenei liegt das Massengrab der Erdbebenopfer. Der Hügel über dem Grab fällt kaum auf zwischen den kahlen Bergen, die drohend am Horizont stehen, jederzeit bereit für das nächste Unglück beim nächsten Beben oder Hangabrutsch. Nur wenige Kreuze stehen auf der

Spitze, um an die jüngste Vergangenheit zu erinnern. Haiti ist wieder zur Tagesordnung übergegangen. Zu dieser gehört die Hoffnungslosigkeit der Menschen, die den Glauben verloren haben, ihrer Armut entfliehen zu können.

In allen Interviews habe ich unsere haitianischen Kolleginnen und Kollegen danach gefragt, wie sie das Erdbeben erlebt hatten. Auf ihre Antworten war ich nicht vorbereitet. Denn jeder hatte die Apokalypse gesehen. Die Angst um das eigene Überleben wurde abgelöst von der Angst um die Angehörigen, übertönt von den Schreien der Verschütteten und überlagert von den Bildern der Toten in den Straßen, die keiner von ihnen vergessen kann. Ungefragt spricht keiner mehr von diesem Tag. Damals konnte diese Zerstörung nur einen Sinn haben, eine Art Stunde Null des Neuanfangs. Das hatte man erwartet und erhofft, dass jetzt alle gemeinsam anpacken würden, um die elen-



Mutig und geduldig: die Historikerin Suzy Castor.

de Marginalisierung Haitis zu überwinden, damit sich eine solche Katastrophe nicht mehr wiederholen würde. Heute, sagt Suzy Castor, die große alte Dame der haitianischen Zivilgesellschaft, tun alle so, als hätte es das Erdbeben nicht gegeben. „Aber es ist trotzdem da. Es ist in uns.“

Gute Pläne gibt es viele

Wir sitzen in Suzy Castors üppigem Garten. Aus alten Autoreifen hergestellte Papageien in bunten Farben schwingen in den riesigen tropischen Büschen und Bäumen. Haiti ist ein Ort der Recycling-Kunst. Die Papageien sind ein Exportschlager ihres Sohnes. Mit Suzys Forschungsinstitut CRESFED unternahm medico den Versuch, in Aquin, einer großen ländlichen Gemeinde, einen Entwicklungsplan mit der Bevölkerung zu erarbeiten. Die Menschen sollten über lokale Versammlungen so weit in die Planung einbezogen sein, dass sie gut informiert und auch fordernd gegenüber der Verwaltung auftreten können. Ein guter Plan ist dabei entstanden. Zudem werden Maßnahmen wie die Weiterbildung der Bauern durch ausländische Geldgeber finanziert. Die Umsetzung des Planes könnte aber an der Wirklichkeit scheitern. Die Kommunalverwaltung selbst hat keinerlei Mittel zu seiner Realisierung. „Es gibt viele kommunale Entwicklungspläne“, sagt Suzy mit einem breiten Lächeln. „Die meisten landen in der Schublade.“ CRESFED arbeitet seit vielen Jahren in Aquin. Das ist eine Chance für den Plan. Im Gegensatz zur Clinton-Kommission in Port-au-Prince, die mittlerweile aufgelöst ist, bleibt CRESFED in Aquin. Mit der Beteiligung der lokalen Bevölkerung hat die NGO Erwartungen geweckt und kann zur Verantwortung gezogen werden.

Suzy ficht das nicht an. Ein Leben lang hat die Historikerin und politische Aktivistin versucht, Abhängigkeitsstrukturen durch eine Politik der sozialen Bewegungen aufzubrechen. Sie musste mit ihrem Mann, einem der bekanntesten linken



Typhus, Cholera, Durchfall und die Folgen von Mangelernährung – die Armutskrankheiten haben in Haiti zugenommen.

Politiker Haitis, während der Duvalier-Diktatur das Land verlassen. 25 Jahre lang lebten beide in Mexiko und lehrten an der Universität. Nach dem Ende Duvaliers kehrten sie zurück, unterstützten den Befreiungstheologen Aristide und brachen nach seiner Wiederwahl 2001 mit ihm. Suzy verkörpert die haitianische Geschichte, die Hoffnungen und das Scheitern. Eine solche Lebenserfahrung lehrt Geduld. Sie teilt die Kritik am Paternalismus der internationalen Hilfe. Aber die Historikerin hat auch die anderen Momente nicht vergessen. „Nach dem Erdbeben haben wir eine so große Sympathie der Welt erfahren. Regierungen und Menschen aller Länder haben uns unterstützt. Das war ein einmaliges Gefühl. Man hat Zärtlichkeit und Solidarität an den Tag gelegt.“ Das sei ein Moment gewesen, in dem eine Wende für Haiti möglich erschien. Ich frage sie, warum es nicht gelungen ist, diesen Moment der Solidarität in eine Kraft zu verwandeln, die eine Änderung hätte herbeiführen können? Sie überlegt nicht

lange. „Weil es kein gemeinsames Projekt gab, in das diese Kraft hätte kanalisiert werden können.“

Die vollständige Reportage unter:
www.medico.de/haiti

Seit 2010 unterstützt medico Partner in Haiti, manche Projekte sind auch dem Handlungs- und Abwicklungsdruck geschuldet. Um den Fallen des Paternalismus zu entgehen, wurden Formen des Süd-Süd-Austausches unterstützt. Da sind zum Beispiel die Brigaden der latein-amerikanischen Bauernbewegung *via campesina*, die die haitianische Bauernbewegung *Tet Kole* bei der Errichtung eines Schulungszentrums unterstützen. Sie sprechen Kreol, die Sprache des Volkes, und leben gemeinsam mit ihren haitianischen Partnern.

Spendenstichwort: Haiti.

Projekte Projektionen onen

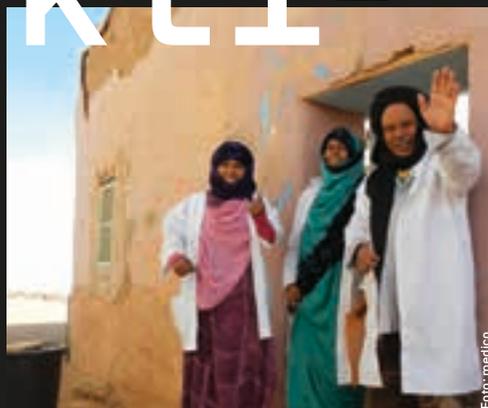


Foto: medico

Wüste Eurokrise

Westsahara: Medikamentenversorgung in Flüchtlingslagern

Die Folgen der erzwungenen Sparpolitik durch die EU-Troika gehen weit über Europa hinaus wie das Beispiel der sahrauischen Flüchtlinge zeigt. Seit ihrer Vertreibung durch das marokkanische Militär aus der ehemals spanischen Kolonie Westsahara vor über 35 Jahren sitzen noch immer mehr als 100.000 Menschen in der algerischen Wüste fest. Die Flüchtlinge sind fast vollständig von externer Hilfe abhängig. Der Krisenkapitalismus wird inzwischen auch auf ihre Kosten saniert. Rund 70 Prozent der Projekte des sahrauischen Kooperationsministeriums liegen zurzeit brach, da die traditionell starken Förderungen aus Spanien ausbleiben. So mussten viele der dortigen

Regionalregierungen ihre Unterstützung für die Sahrauis aus finanziellen Gründen komplett einstellen. Insbesondere im Wasser-, Gesundheits- und Bildungsbereich führt das zu dramatischen Einschnitten. Auch die Medikamentenlieferungen, die jedes Jahr mit Karawanen der Solidarität die Camps erreichten, haben stark abgenommen. Mit Unterstützung von ECHO (Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Union) erhält medico international die Basisversorgung mit essentiellen Medikamenten und medizinischen Bedarfsgütern aufrecht. Um mit Kampagnen- und kritischer Öffentlichkeitsarbeit politischen Druck zur Lösung des Westsaharakonfliktes aufzubauen, ist medico international auf Solidarität und finanzielle Mithilfe angewiesen.

Spendenstichwort: Westsahara.

Als Arbeiter anerkannt

Pakistan: Bewegung der Landlosen feiert Erfolg

Das Sindh Labour Relief Committee (SLRC), einer von drei pakistanischen medico-Partnern, sammelte während der Flutkatastrophe 2010 Spenden unter den Textilarbeiterinnen und -arbeitern der 20-Millionen-Metropole Karatschi. In ihrer von medico unterstützten Nothilfe in Dörfern des Sindh trafen die SLRC-Kollegen auf Aktivist:innen der alten Landlosen- und Kleinbäuerinnenbewegung. Gemeinsam beschlossen sie, das Hari Haqdar Tehreek (HHT) neu zu beleben, die Bewegung für die Rechte der Bauern. Drei Jahre später feiert die Bewegung ihren ersten großen Erfolg: Mit der Re-

form der Arbeitsgesetzgebung der Provinz Sindh ist es dem SLRC und den Bauernaktivist:innen gelungen, die Registrierung der Landlosen als Arbeiter im Sinne des Gesetzes durchzusetzen. Sie können jetzt Gewerkschaften gründen und kollektiv um Einkommen kämpfen. Außerdem haben sie Anspruch auf Sozialversicherung, Ausgleich von Einkommenslosigkeit, Rente und gesetzlich garantierten Zugang zu Wohnung, Bildung und Gesundheit. Viele dieser Rechte stehen in Pakistan bloß auf dem Papier. Doch führte der Verhandlungserfolg zu einem Ansturm vieler neuer Mitglieder beim HHT, das sich jetzt auch formell als Gewerkschaft registrieren lässt.

Spendenstichwort: Pakistan.

Zehn Tage Gerechtigkeit

Guatemala: Urteil gegen Ex-Diktator Ríos Montt wieder aufgehoben

Am 10. Mai 2013 ereignete sich in Guatemala Historisches: Der ehemalige Diktator Ríos Montt wurde zu 80 Jahren Haft verurteilt. Dass ein früherer Staatschef im eigenen Land des Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit für schuldig befunden wird, ist in der internationalen Justizgeschichte einmalig: Und es ist ein fast unglaublicher Erfolg für all jene Opfer, Hinterbliebenen und Menschenrechtsaktivist:innen, die auch durch die Unterstützung von medico seit vielen Jahren wider alle Schikanen, Verleumdungen und Drohungen gegen die Straflosigkeit der Verbrechen an der Zivilbevölkerung durch Staat und Armee im Bürgerkrieg kämpfen. Aber ist es auch ein Erfolg mit Bestand? Der Menschenrechtsanwalt des medico-Partners Bufete de Derechos Humanos

Michael Mörth warnte direkt nach dem Urteil, dass die Gegenseite und damit die politische sowie wirtschaftliche Elite des Landes nun die Konfrontation suchen würde. „Der Widerstand gegen das Urteil wird enorm sein.“ Er sollte Recht behalten: Am 20. Mai – das Urteil war zehn Tage alt – kassierte das Verfassungsgericht es wegen Verfahrensfehlern wieder ein. Teile des Prozesses müssen wiederholt werden, was aus Termingründen wohl erst 2014 geschieht. Bis dahin ist Ríos Montt wieder auf freiem Fuß. Ein Rückschlag zwar, aber keiner, durch den das Rad zurückgedreht werden kann: Im Zuge des Prozesses sind Verbrechen und Verantwortlichkeiten als historische Wahrheit publik geworden. Opfer haben Täter Aug in Aug mit ihrer Schuld konfrontiert. Und offensichtlicher als durch die jüngsten Winkelzüge kann sich ein korruptes System nicht diskreditieren.

Spendenstichwort: Guatemala.

Schönste . . . hässlichste Revolution

Beobachtungen aus dem Inneren eines Aufstandes

Von Taha Khalil

Der syrische Bürgerkrieg hat längst die Züge eines zerstörerischen Mahlstroms angenommen. Die Zukunft verspricht nur weiteren Schrecken. Was aber bewegt heute jene, die in Syrien vor zwei Jahren begannen, ihren Traum von Freiheit praktisch werden zu lassen? Taha Khalil, Schriftsteller und Journalist im syrisch-kurdischen Qamishli, zeichnet in seinem Text für medico die letzten zwei Jahre nach.

Damaskus, Syrien. Viele Jahre habe ich fern meiner Heimat in der Schweiz verbracht. Ich arbeitete beim Schweizerischen Roten Kreuz, wo ich für Flüchtlingsfragen zuständig war und die Flüchtlinge bei der Integration unterstützte. Ich unterwies sie in schweizerischer Etikette und klärte sie über ihre Rechte und Pflichten auf, Pflichten, die sie meist schnell wieder vergaßen, um unermüdlich auf ihre – wie sie meinten – nicht genügend beachteten Rechte hinzuweisen. Im Unterricht schauten sie mich misstrauisch von der Seite an, voller Geringschätzung darüber, wie es sein könne, dass ich, ein Orientale wie sie, ihnen Gesetze beibringen wolle. Obwohl es ermüdend war, das Vertrauen der Flüchtlinge zu gewinnen, fand schließlich alles ein gutes Ende, wenn sie Fragen der Demokratie nicht mehr so diskutierten, wie sie sie verstanden und wie sie ihnen von den totalitären Regimen eingetrichtert worden waren, Regimen, in denen Menschen kein Wert beigemessen wird, und vor deren Unterdrückung

sie – nach ihren eigenen Worten – in die Schweiz geflohen waren.

Jahrelang habe ich in der Fremde Gedichte und Artikel geschrieben, in denen ich meinen Schmerz über mein Land zum Ausdruck brachte und mich fragte, warum die Menschen dort nicht ebenso in Sicherheit und Freiheit leben können wie die Menschen in der westlichen Welt – auch wenn die Dinge am Ende relativ sind. Dann kehrte ich in meine Heimat zurück, nach Syrien. Das Wichtigste, was ich in der Schweiz gelernt hatte, war der gegenseitige Respekt; den Anderen zu respektieren, einmal weil er verschieden von mir ist, und zum anderen, weil er ein Mensch ist. Gelernt habe ich auch, dass die Unterdrückung, die Überwachung und die Unmenschlichkeit, wie wir sie in unserem Land erleben, Teil einer jahrelangen Zähmung der Menschen durch die herrschenden Regime sind. Sie verwandeln die Bürger in reine Untertanen, die nur deshalb leben können, weil der Staat mit ihnen zufrieden ist, die irgendwelchen mysteriösen Männern (meist Militärs) Dank, Anerkennung und Gehorsam schulden, dafür dass diese ihnen Wasser, Elektrizität und ein wenig alltägliche Sicherheit zur Verfügung stellen. Als Gegenleistung müssen die Untertanen allmorgendlich in den Schulen und am Arbeitsplatz den Namen des „Führers von Staat und Gesellschaft“ skandieren, der nicht seinesgleichen kennt und neben dem es im Diesseits nur Pup-



Alle Fotos: Benjamin Hiller

Gegen das Regime wie auch gegen die Militarisierung des Aufstandes: Protestdemonstration im kurdischen Qamishli.



Alles liegt in Scherben: Bürger zerstören in einem ehemaligen Quartier des Geheimdienstes Fotos von al-Assad.



Brüchige neue Sicherheit: gemeinsamer Checkpoint der „Freien Syrischen Armee“ und kurdischer Milizen in Serēkanī / Ras al-Ain.

pen, Verschwörungen, Sexualität, Drogen sowie Kolonial- und Willkürstaaten gibt.

Ich habe versucht, eine Weile in meiner Heimat zu leben sowie die Schönheit der Natur und der Menschen und ihrer Traditionen zu genießen, der ich mir vor meinem Auslandsaufenthalt gar nicht bewusst gewesen war. Die Situation verschlechterte sich jedoch zusehends, insbesondere in Bezug auf meine Arbeit als Journalist, da mein Broterwerb mit einer brutalen kollektiven und individuellen Sklaverei einher zu gehen schien. Trotz meines zunehmenden Widerwillens versuchte ich aber, mich so weit wie möglich an die Atmosphäre anzupassen, obgleich es mir mitunter schwer fiel und oft sogar unmenschlich war. Mit der Zeit begannen der Alltag und die schwierigen Lebensumstände mich mit ihren langweiligen alltäglichen Details aufzuzehren, bis die Revolution in

Tunesien ausbrach und die arabische Welt wieder Hoffnung schöpfte. Für mich als Kurden bedeutete dies den Beginn der Umkehrung vieler Prämissen; viele Fragen zu Demokratie und Wahrung von Menschenrechten und Menschenwürde, über die niemand mehr diskutierte. In der Folge, so glaubte ich, würden viele meiner arabischen Brüder in Zukunft auch meine Rechte unterstützen.

„Die syrische Revolution war eine der schönsten Revolutionen der Welt.“

Im Zuge der ägyptischen Revolution wurde ein jahrzehntelang unterdrücktes Murmeln wieder laut. Wie alle anderen verfolgte ich die Ereignisse und Entwicklungen, die unweigerlich auch mein Land erfassen würden, selbst wenn die Revolutionäre in Ägypten nicht ganz so viel erreichten, wie



Das Haus dieser kurdischen Frau in Serêkanî / Ras al-Ain wurde bei Kämpfen zwischen islamistischen Gruppen und der kurdischen Selbstverteidigungsmiliz YPG zerstört.

sie sich erhofft hatten. Doch diese abgestandenen brackigen Wasser in Bewegung zu versetzen, reichte allein schon aus, uns optimistisch in die Zukunft blicken zu lassen. Als die Revolution in Libyen begann, richtete sich die Aufmerksamkeit auf dieses Wüstenland, über dessen „Bruder-Führer“ Muammar al-Gaddafi wir uns immer lustig gemacht hatten: über seine kabarettistischen Erklärungen, seine abwegigen Theorien und über seine würdige Haltung vor den schlanken italienischen Schönheiten, die Sergio Berlusconi für ihn, seinen Freund, ausgesucht hatte, Damen, die halb nackt im Minirock vor ihm standen, denen er dann Koranexemplare überreichte.

Als die Nato in Libyen intervenierte, ergriff mich das Gefühl, dass die Revolution nun besudelt sei – auch wenn Gaddafi sie schon vom ersten Tag an besudelt hatte. Einige Wochen später begann die Revolution im syrischen Deraa und breitete sich auf unzählige Städte und Ortschaften aus. Wir hatten große Hoffnungen, doch die Ermordung Gaddafis widersprach unserer Meinung nach der Moral der Revolutionäre. Wir träumten davon, in unserem Land eine friedliche Revolution zu machen. Insbesondere deshalb, weil das syrische Regime die Menschen vom ersten Tag an dazu antrieb, zu den Waffen zu greifen, indem es Kalaschnikows in die unbewaffneten Menschenmengen in Deraa warf.

„Ohne Angst begannen wir
Gedichte zu schreiben und
Artikel zu veröffentlichen.“

Die syrische Revolution war zu Beginn so schön und reif wie ein Mädchen in der Blüte seiner Jahre, und jeden Tag schien sie noch schöner zu werden als am Vortag. Es war eine der schönsten Revolutionen der Welt. Ohne Angst begannen wir Gedichte zu schreiben und hier und dort Artikel zu veröffentlichen. Die freie libanesische Presse war für viele syrische Schriftsteller und Journalisten, die auf der Seite der Revolution standen

und ihre Friedfertigkeit unterstützten, wie ein Ventil. Im Verlauf der Wochen und Monate nahm die Gewalttätigkeit des Regimes jedoch zu und die Zahl der getöteten Zivilisten und wehrlosen unschuldigen Menschen stieg rapide an. Die Medienmaschinerie des Regimes begann über Islamisten, Salafisten sowie Terroristen zu reden und Damaskus wurde von Explosionen erschüttert, die deutlich die Fingerabdrücke des Regimes trugen. Wir bemühten uns nach allen Kräften, darauf hinzuweisen, dass die syrische Revolution unbedingt friedlich bleiben müsse und nicht in die Gewalttätigkeit abrutschen dürfe. Doch mit der zunehmenden Skrupellosigkeit des Regimes und dem mangelnden internationalen Schutz des syrischen Volkes vor dem täglichen systematischen Töten wurden die Menschen gezwungen, zu den Waffen zu greifen, um sich zu verteidigen.

Die Freude des Regimes über diese Entwicklung war unbeschreiblich. Wenn in den Nachrichten über die „Märtyrer“ der Armee berichtet wurde, lächelte der Nachrichtensprecher, als hätte das Regime einen Sieg errungen und stünde auf der Seite des Rechts. So gelang es dem Regime, die Richtung der Revolution zu verändern und sie mehr und mehr in die Militarisierung zu drängen. Dann tauchten bewaffnete Gruppen mit „islamischen“ Namen auf, die besonders den Menschen im Westen und in den USA Angst einjagten. Und wieder verbreitete das Regime seine Propaganda, nur es selbst könne den verschiedenen Religionsgemeinschaften der syrischen Gesellschaft Sicherheit gewährleisten. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie in Homs ein christlicher Junge durch das Regime getötet wurde, den Mord jedoch der bewaffneten Opposition in die Schuhe schob. Einen ganzen Monat lang wurde im staatlichen Fernsehen immer wieder die Leiche des Kindes sowie die Mutter gezeigt, die auf melodramatische Weise um ihren Jungen weinte und den Tod für dessen Mörder forderte. Obwohl die Mutter die Mörder gar nicht nannte, übernahm an ihrer Stelle das Regime die Aufgabe: Mit dem Ziel auch

das Mitgefühl der westlichen Welt hervorzurufen, wurde behauptet, die Alternative zur jetzigen Regierung seien Leute, die Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften wie Alawiten, Drusen und Christen ermordeten. Insbesondere bei jenen, die die täglichen Spielchen des Regimes nicht über fünfzig Jahre lang verfolgt hatten, zeitigte die Propaganda des Regimes relativ großen Erfolg.

„Es gelang dem Regime, die Revolution mehr und mehr in die Militarisierung zu drängen.“

So kam es, dass die Demonstrationen, auf denen die Lieder des Revolutionssängers Ibrahim Kaschusch¹ gesungen wurden, in den Hintergrund rückten. Stattdessen begannen die Medien deutlich und offen die Anzahl der Getöteten sowohl der regulären Armee sowie der Freien Syrischen Armee zu benennen. Plötzlich schienen wir uns zwischen zwei Armeen entscheiden und auf eine der beiden Seiten schlagen zu müssen. Die humoristischen Spruchbänder der Bewohner von Kafranbel in der Provinz Idlib oder die Lieder, die die Anhänger des getöteten Kaschuschs sangen, weckten kaum mehr unser Interesse. Das Blutvergießen wurde zu unserem Alltag. Das Regime schreckte nicht mehr vor Massakern zurück, und die Menschen gewöhnten sich an konfessionell und ethnisch motivierte Morde.

Alle Seiten beschuldigten sich gegenseitig und die Grenzen zwischen Feind und Freund waren klar. Wir kehrten zurück in die Geschichte, um zu erfahren, wer Ali Ibn Ali Talib² und wer Hussein getötet oder was Umar Ibn Al-Khattab zu Abu Bakr Al-Saddik gesagt hatte. Vierzehn Jahrhunderte gingen wir zurück, um uns erneut die Fälle von Blutrache einer brutalen und blutbesudelten Geschichte zu vergegenwärtigen, die mit der Ermordung von Uthman Ibn Affan, dem dritten Kalifen, ihren Auftakt genommen hatten. Gleichzeitig tauchten neue Kennzeichnungen wie Schiiten, Alawiten und Sunniten und weitere religiöse Etiketten an der Oberfläche der syrischen Revolution auf. Dann, nachdem das Regime die sogenannten Intellektuellen ins Visier genommen und ermordet oder verhaftet hatte, begannen diese das Land zu verlassen, während sich die „alawitischen Intellektuellen“ auf die Seite des Regimes stellten. Jetzt war die Sache eindeutig: Das syrische Regime ist ein alawitisches Regime, das vom schiitischen Iran unterstützt wird und an dessen Seite Kämpfer der schiitischen Hisbollah agieren. Andererseits strömen Islamisten und Extremisten zur Rettung der sunnitischen Bevölkerung nach Syrien. Revolution heißt jetzt: russische Gewehre, auf beiden Seiten, und leere Versprechungen des Westens, die syrische Bevölkerung zu unterstützen; jenes Westens, der dem Regime rote Linien setzte, diese jedoch stets weiter ausdehnte, wenn das Regime eine Grenze übertrat. Und alle verschlossen die Augen vor dem fortgesetzten Blutvergießen.

Heute blickt das verwundete blutüberströmte syrische Volk auf das Messer in der Hand des Mörders. Jeden Morgen trägt der Mörder ein anderes Gewand, mal das eines Russen, mal eines Syrers, mal eines Schiiten, eines Alawiten, eines Chinesen, eines Inders. Sogar Nordkorea, so erzählen sich die Menschen, schickte zwei Söldnerpiloten, um das syrische Volk beschießen zu lassen. Und all die Kriegsflugzeuge, die Scud-Raketen und Clusterbomben, die chemischen Waffen, das

¹ Ibrahim Kaschusch, komponierte und sang das Lied der ersten Revolutionstage: „Yalla irhal, irhal, ya Baschar“ („Hau ab Baschar“). Im Juli 2011 wurde der Sänger entführt. Seine Leiche wurde Tage später mit herausgeschnittenen Stimmbändern aufgefunden.

² Ali ibn Abi Talib (*600 †661) wird von Anhängern der Schia als legitimer Nachfolger des Propheten Mohammed verehrt. Die sunnitische Mehrheitsströmung im Islam erkennt dagegen nur Abu Bakr Al-Saddik (*573 †634) und dessen Nachfolger Umar Ibn Al-Khattab (*592 †644) an.

Cyanid- und das Senfgas haben keine rote Linie hinterlassen, hinter der sich die „Freunde des syrischen Volkes“ verstecken können. Alles ist bekannt, doch alle stecken den Kopf in den Sand. Und die Verzweifelten und Ängstlichen behaupten, hinter den Kulissen entscheide Israel alles.

Was soll ein Journalist also sagen, der sieht, wie seine Lieben zu Flüchtlingen wurden? Flüchtlingen in aller Herren Länder, zu denen eines Tages ein Angestellter kommen wird wie ich, um ihnen die Grundlagen von Etikette und Reinlichkeit beizubringen; sie zu lehren, mit Messer und Gabel zu essen. Oh Gott, wie hart wird das werden!

„Revolution heißt jetzt:
russische Gewehre, auf beiden
Seiten, und leere Versprechungen
des Westens.“

Was kann ein Journalist schreiben, der das Gefühl hat, dass all seine Worte nur ein Seufzer sind angesichts der Augen einer Mutter, die, hingeworfen über ihr getötetes Kind, ihren letzten Atemzug tut, während die syrische Journalistin der Mutter das Mikro vors Gesicht hält. Und während sie fragt, „das haben doch die Terroristen getan, oder?“, hört die Mutter nur das Fließen ihres eigenen Blutes unter den Füßen der eleganten Korrespondentin, die sich in Schale geworfen und mit einem Bild ihres Präsidentenführers geschmückt hat.

Wie weit bist du fort, o Schweiz, und wie hart bist du! Von dir habe ich den Optimismus gelernt, der mich eines Tages an einen Sieg der Revolution glauben ließ. Ich glaubte, eines Tages meine Freunde zur Siegesfeier des syrischen Volkes und zum Essen von Auberginenpüree in einem kleinen Restaurant in der Damaszener Altstadt einladen zu können. Zum Essen ohne Messer und Gabel!

Aus dem Arabischen von Larissa Bender



Taha Khalil wurde 1961 in Syrien geboren und ist Kurde. Er studierte arabische Sprache und Literatur in Damaskus. Heute arbeitet er als Journalist und Schriftsteller in seinem Geburtsort Qamishli.

medico bleibt weiterhin an der Seite derer, die sich für ein freies und sozial gerechtes Syrien einsetzen. Entgegen eines eskalierenden Bürgerkriegs ringen unsere lokalen Partner weiterhin um eine dritte, unbewaffnete Handlungsoption - jenseits der bloßen Unterwerfung unter die herrschende Macht und dem sich ausbreitenden konfessionalisierten Terror, jenseits der inneren wie äußeren Militarisierung. medico leistet medizinische Nothilfe in der syrisch-kurdischen Provinz Hasaka, fördert palästinensische Hilfswerke im umkämpften Yarmouk-Camp in Damaskus und unterstützt syrische Bürgerkriegsflüchtlinge im Libanon.

Spendenstichwort: Syrien.

stiftung medico international

Chile im Wandel?

40 Jahre nach dem Militärputsch

Chilenische Studenten werden vom Wasserwerfer getroffen. Am 28. Mai 2013 demonstrierten Tausende in Santiago für eine umfassende Bildungsreform im neoliberalen Wunderland.

**Tagesseminar der stiftung medico international und der
Katholischen Akademie Rabanus Maurus, Samstag 14. September,
Frankfurt am Main/Haus am Dom, 10.30 - 17.00 Uhr.**

Am 11. September jährt sich zum vierzigsten Mal der Militärputsch in Chile, der die demokratisch gewählte Regierung Allende stürzte, eine blutige Diktatur errichtete und die Wirtschaft des Landes nach strikt neoliberalen Prinzipien organisierte. Die Diktatur wurde mittlerweile überwunden, aber das ökonomische Diktat des Marktes in der öffentlichen Daseinsvorsorge, im Bildungs- und Gesundheitssektor spaltet die Gesellschaft. Wie unter einem Brennglas wird hier das Modell einer durchökonomisierten Gesellschaft deutlich, gegen die neue soziale Bewegungen entstehen.

Mit: Carlos Perez Soto, Hochschullehrer, Santiago de Chile; Miguel Castello, Psychologe, Paris; Dr. Ruth Henríquez Kries, Ärztin, Frankfurt; Dr. Michael Ramminger, Institut für Theologie und Politik, Münster

Eintritt 19 EUR, ermäßigt 10 EUR, www.medico.de/chile



Vor der Zerreißprobe

Angesichts der enormen Ungleichheit wachsen Enttäuschung und Wut in Südafrika. Das zeigt sich auch in der Arbeit der medico-Partner.

Nie war das Post-Apartheid-Südafrika so zerrissen wie heute – die Auseinandersetzung im Vorfeld der kommenden Nationalwahlen im Frühjahr 2014, 20 Jahre nach den ersten demokratischen Wahlen, zeigen ein Bild des Landes, das auf die Ausgangsfragen des Befreiungskampfes zurückverweist. Wie kommt es, dass die soziale Ungleichheit höher ist als vor 20 Jahren und die Armen fast ausschließlich schwarz sind? Welche ökonomischen Interessen verfolgt die neu zusammengesetzte schwarze und weiße Elite und mit welchen politischen Strategien setzt sie sie durch? Wogegen wird sich die Wut der Armen richten, die in wachsender Zahl auf die Straße gehen – wird sie sich zu gemeinsamen politischen Kämpfen vereinen oder gegeneinander ausgetragen werden?

Der abzusehende Tod des 94-jährigen Nelson Mandelas könnte die Phase der Geduld beenden. Eine Geduld, von der vor allen Dingen der von der Befreiungsbewegung zur Regierungspartei gewandelte ANC profitierte. Er wird schon jetzt für viele der Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht, weil er sich den Interessen der ökonomischen Elite verschrieben habe. Eine wachsende Zahl von Oppositionsparteien versucht, den erwarteten ANC-Sieg bei den Parlamentswahlen im nächsten Jahr zu verhindern. Es gibt offene Kritik am ANC von jungen Leuten und aus der eigenen Anhängerschaft. Erzbischof Tutu hat kürzlich öffentlich erklärt, dass er dem ANC seine Stimme verweigern werde.

Zunehmend autoritär

In ihrer politischen Machtposition bedroht, reagieren der ANC und die mit ihm verbundene Elite zunehmend autoritär und repressiv. Viele Funktionäre dulden die wachsende Polizeigewalt – ca. 700 ungeklärte Todesopfer im Verlauf des letzten Jahres – nicht nur: mit plakativen Aufforderungen, die Polizei solle rücksichtslos vorgehen, bestärken sie sie noch. Auf öffentliche Kritiker reagieren sie mit Einschucherung und Drohungen. Das betrifft auch den medico-Partner Section 27. Seine Monitoringberichte legen große Versorgungsmissstande im Gesundheits- und Bildungswesen offen, die mehr auf Missmanagement und Korruption als auf den Mangel an Ressourcen verweisen. Mit Hilfe von ffentlichkeitsaktionen und wenn nötig Klagen gelingt es Section 27 immer wieder, staatliche Strukturen zu Zugeständnissen und Reformen zu zwingen – Das verschafft ihnen wachsende Unterstützung aber auch Feinde.

Die offene Repression durch Polizeigewalt fand ihren traurigen Höhepunkt im Marikana-Massaker im August 2012, bei dem 34 streikende Minenarbeiter von der Polizei erschossen wurden. Die Bilder glichen denen von Massakern aus der Apartheidzeit. Ebenso das Verhalten der politisch Verantwortlichen, die Polizeigewalt einfach zu verleugnen. Der Schock darüber verstärkt seither die Entfremdung der Basis von ihrer einstmaligen politischen Führung. Selbst die Untersuchungskommission zum Massaker hinterlässt den Ein-

Fotos: Khulumani



„Hear our stories“: Die Selbstbildnisse [Mrs. Mosebetsane und Mrs. Notukile] stammen aus einem Workshop, den der medico-Partner Khulumani im Mai 2013 mit Angehörigen von Opfern des Marikana-Massakers durchgeführt hat.

druck, dass sie gegen die politische und ökonomische Elite machtlos ist: Auf mehrere Zeugen wurden vor ihrer Aussage Anschläge verübt, manche mit tödlichem Ausgang. Gegen die ökonomische und politische Misere gibt es anwachsende lokale Proteste im ganzen Land, an denen sich seit 2008 mehr als zwei Millionen Menschen jährlich beteiligen. Allein in der Provinz Gauteng gab es 540 Proteste zwischen dem 1. April und dem 10. Mai 2013. Seit letztem Jahr sind riesige Streiks vor allem in Bergbau und Landwirtschaft dazugekommen. Dabei verlieren die alten, dem ANC alliierten COSATU-Gewerkschaften in großer Zahl Mitglieder (35.000 Austritte allein aus der Bergarbeitergewerkschaft NUM), während sich neue unabhängige Gewerkschaften entwickeln.

Im Gespräch beschreiben Aktivisten und Unterstützer des medico-Partners Local Government Action (LGA), einem Bündnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen für soziale Gerechtigkeit, die Situation als einerseits gefährlich, andererseits erkennen sie durchaus Chancen und eine gewisse Aufbruchsstimmung. Es gebe ein wachsendes Bedürfnis nach Debatte und Kooperation, um die thematisch vielfältigen Auseinandersetzungen mit divergierenden Interessen und Machtkonstellationen zusammenzuführen. LGA selbst will versuchen, eine Vernetzung über soziale Medien herzustellen und hat vor kurzem dafür einen Social-Media-Auftritt lanciert. Gleichzeitig erwägen sie, bis zu den Wahlen nächstes Jahr lokale Konsultationen durchzuführen, die – wenn

möglich – in einen landesweit abgestimmten gemeinsamen Forderungskatalog münden sollen.

Die großen politischen Themen wie die fortgesetzte soziale Ungleichheit in Südafrika beschäftigen auch den langjährigen medico-Partner Khulumani. Mitglieder von Khulumani sorgten mit scharfen Statements bei einer großen Fernsehdiskussion zum Thema „Is our economy racist?“ für Aufsehen. Dies zeigt, dass die Stimmen der Apartheidopfer, ihre langjährigen zermürbenden Kämpfe, nicht mehr ignoriert werden können. Zumal viele der alten Apartheidopfer auch Opfer der neuen Menschenrechtsverletzungen sind: Khulumani-Mitglieder, die vor der Wahrheitskommission ausgesagt haben, sind durch das Marikana-Massaker Witwen geworden und kämpfen erneut um Wahrheit, Gerechtigkeit und eine öffentliche Stimme. Sogar die ANC-Fraktion sah sich – schon wegen der Vorwahlzeit – veranlasst, Khulumani einzuladen sowie ihre Forderungen nach Entschädigung und sozialer Gerechtigkeit zumindest anzuhören.

Erfreuliche Nachrichten

Einzig im Gesundheitssektor gibt es auch erfreuliche Nachrichten. Der aktuelle Gesundheitsminister spielt eine sehr konstruktive Rolle, insbesondere bezüglich HIV-Aids. Inzwischen werden große Aufklärungs- und Testkampagnen sowie eine flächendeckende antiretrovirale Versorgung umgesetzt. So hat sich seit 2009 die Zahl der HIV-Infizierten, die medikamentös versorgt werden, auf 70 Prozent erhöht, die Zahl der Mutter-Kind-Übertragungen halbiert und die Zahl derjenigen, die einen HIV-Test durchführen ließen, von drei auf 15 Millionen erhöht. Trotzdem ist die Sterberate für diejenigen noch sehr hoch, die zu spät mit der Behandlung angefangen haben. Die alltägliche Präsenz des Sterbens zeigt sich am inflationären Verkauf von Beerdigungsversicherungen, die an jeder Supermarktkasse angeboten werden.

In diesem Kontext hat der medico-Projektpartner Sinani bei der Umsetzung eines großen HIV-Aids-Projekts gezeigt, wie sinnvoll NGO-Arbeit sein kann, die nicht stellvertretend staatliche Aufgaben übernimmt. Durch zahlreiche Aktivitäten mit Gemeindeführern, Gesundheitsarbeiterinnen, jungen Männern und Frauen sowie Kindern und Pflegefamilien in zehn Gemeinden gelang es Sinani den Zugang zu vorhandenen staatlichen Angeboten für HIV-Aids-Betroffene deutlich auszuweiten. Wenn nicht anders möglich, wurde das Recht auf Behandlung eingeklagt. Mit Erfolg. Gleichzeitig haben diese Maßnahmen zu einem Abbau von Diskriminierung und Stigmatisierung beigetragen.

Herausfordernd für unsere Partner bleibt das politische und soziale Umfeld, in dem solche Projekte durchgeführt werden. Der Zerfall familiärer und sozialer Bindungen nimmt zu, das Ausmaß häuslicher, sozialer, krimineller und politischer Gewalt ist erschreckend. Die Folgen zeigen sich in wachsendem Drogen- und Alkoholmissbrauch und im Anstieg der Selbstmorde insbesondere unter jungen Menschen. Auch die Zahl von Waisenkindern und pflegebedürftigen Erkrankten steigt, ebenso die Belastungen für Angehörige, Pflegefamilien und Gesundheitspersonal. Umso mehr verdienen Projektpartner Anerkennung und Unterstützung, die sich unter diesen Bedingungen ins Handgemenge begeben.

Usche Merk

Local Government Action, Section 27, Khulumani und Sinani – die medico-Partner sind Teil eines losen kritischen Netzwerkes, das sich – fragmentiert, aber – immer lauter gegen die unsozialen Politiken im Post-Apartheid-Südafrika wendet.

Spendenstichwort: Südafrika.

Kafkaeske Bemühungen

Eine Zwischenbilanz des medico-Repräsentanten für Israel und Palästina, Riad Othman.



Fotos: Comet-ME

Allzeit vom Abriss bedroht: Vom israelischen medico-Partner Comet-ME errichtete Solaranlage im Westjordanland.

Zwei Wochen nachdem ich Anfang November 2012 meine Arbeit als Repräsentant von medico im Büro in Ramallah aufgenommen hatte, wurde Ahmed Jabari von der israelischen Armee gezielt getötet. Er war der Befehlshaber des bewaffneten Arms der Hamas im Gazastreifen und Unterhändler in den Verhandlungen mit Israel. Als strategischen Fehler verurteilte der israelische Friedensaktivist Gershon Baskin die Tat, die auf beiden Seiten Menschen das Leben kosten werde. Tatsächlich folgte die militärische Eskalation zwischen der israelischen Armee und der Hamas, und ich erlebte hautnah, was es bedeutet, in die

ser Region zu arbeiten. Israel zog Zehntausende Soldaten an den Grenzen zum Gazastreifen zusammen. Die Bombardierung Gazas dauerte acht Tage, und bis zur Verkündung der Waffenruhe am 21. November 2012 fürchteten sich die Einwohner vor einer Bodenoffensive. Trotz des Winters schliefen Menschen wieder mit offenen Türen und Fenstern, Kinder gingen wieder mit der überwunden geglaubten Bettnässerei an. Wie üblich hatte die Zivilbevölkerung in Gaza die meisten Opfer zu beklagen. Die Bevölkerung in Israel hingegen erschrak darüber, dass Raketen aus Gaza mittlerweile nicht mehr nur Ashdod, Ashkelon und

Sderot terrorisierten, sondern auch in Tel Aviv und Jerusalem mehrmals Alarm auslösten. medico bangte in jener Woche mit den Partnern in Israel und Palästina, vor allem mit den drei Organisationen im Gazastreifen, um die Unversehrtheit der Bevölkerung. Am Ende erreichte keine der beiden Konfliktparteien ihr Ziel, aber jede nahm für sich in geradezu absurder Weise in Anspruch gesiegt zu haben. Zum ersten Mal hatte ich aus der Nähe miterlebt, dass das Recht Israels auf Selbstverteidigung in den Medien mehr wiegt als das Recht der anderthalb Millionen Palästinenser im Gaza-Streifen auf Schutz und Sicherheit in einem asymmetrischen Konflikt, in dem Israel in jeder Hinsicht überlegen ist.

Im Kampf gegen Windmühlen

Diese Asymmetrie erlebe ich auch in kafkaesken Auseinandersetzungen mit der israelischen Besatzungsbehörde immer wieder. Bis heute hat sie zum Beispiel keine einzige unserer Solar- oder Windkraftanlagen legalisiert, die wir mit der israelischen Partnerorganisation Comet-ME in den C-Gebieten – jenen 60 Prozent des Westjordanlands, die von Israel komplett kontrolliert werden – gebaut haben. In diesen genehmigt die israelische Behörde fast kein palästinensisches Entwicklungsvorhaben, nicht einmal für einfachste Strukturen wie Zisternen oder Tierunterstände, geschweige denn für den Neubau von Häusern oder Stromtrassen. Da Israel mit dem Abriss der Solaranlagen droht, versuchen wir nun mit Unterstützung israelischer Anwälte und deutscher Diplomaten für bestehende Anlagen nachträglich und für geplante Genehmigungen zu erwirken. Weder das eine noch das andere ist bisher gelungen. Die Kriterien für Ablehnungen und mögliche Bewilligungen von Seiten der Besatzungsbehörde sind undurchsichtig. Man wartet mitunter monatelang auf Antworten, die dann in aller Regel negativ ausfallen. Man kommt sich vor wie der Einlass suchende Mann vom Land in Kafkas „Vor

dem Gesetz“. Die Rolle des Türhüters übernimmt die „Israelische Ziviladministration in Judäa und Samaria“. Es ist ein Kampf gegen Windmühlen.

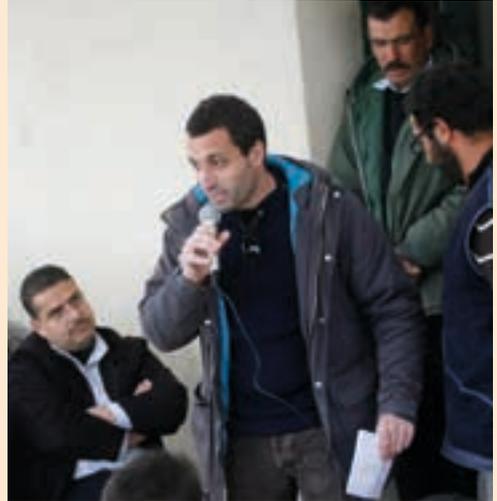
Zum Palästinenser gemacht

Nie zuvor bin ich so sehr zum Palästinenser gemacht worden wie in den acht Monaten hier vor Ort. Mein Vater kommt aus einem kleinen palästinensischen Dorf bei Jerusalem, das längst eingemeindet ist. Beit Safafa war seit 1948 geteilt, und die Hälfte jenseits der grünen Linie wurde 1967 von Israel erobert. Meine Mutter ist Schwarzwälderin. In Deutschland war die erste Reaktion auf die Tatsache, dass eine Hälfte meiner Eltern Palästinenser ist, meist: „Echt? Cool!“ Oft gefolgt von der Frage, wann ich denn „zurückgehe“? Zurück – wohin? In den Schwarzwald? Meine Herkunft und mein Aussehen sind allerdings immer seltener zum Thema geworden, die meisten Leute haben allmählich begriffen, dass es auch Deutsche mit schwarzen Haaren gibt. In Israel und Palästina hingegen fällt mein Aussehen überhaupt nicht auf. Israelis halten mich für einen von ihnen, solange ich den Mund halte. Palästinenser ebenso, nur wenn ich zu sprechen beginne, halten sie mich oft für einen jüdischen Israeli oder einen Ausländer, weil mein Arabisch nicht gut genug ist. Ich werde dann oft gefragt, woher ich komme und verschweige niemandem, dass mein Vater Palästinenser ist, ich aber in Deutschland geboren und aufgewachsen bin.

Es ist keine Überraschung, dass es hier besondere Reaktionen hervorruft, wenn man einer der beiden Konfliktparteien zugerechnet wird. In Israel, besonders bei Kontrollen am Flughafen oder bei der Ausreise aus Gaza, erfahre ich die besonders gründlichen Prüfungen. Unter Aspekten der Sicherheitsanalyse gelte ich nämlich ganz und gar als palästinensisch: arabisch, männlich, jung genug, um einer Hochrisikogruppe zugeordnet zu werden. Überraschenderweise lande ich am

Ben-Gurion- Airport immer bei demselben jungen Mann, Shlomo. Er bedankt sich am Ende immer für meine Geduld und entschuldigt sich für die Unannehmlichkeiten. Auf die Tatsache angesprochen, dass sie mich am Flughafen doch jedes Mal wegen meines arabischen Namens aussonderten, antwortet er mit scheinbar leichtem Unbehagen, aber ohne Zögern, dass dies zu meiner eigenen Sicherheit geschehe. Auch in Israel selbst erlebe ich Rassismus, der nicht notwendigerweise gegen mich, sondern gegen andere gerichtet ist. Das aufgeheizte soziale Klima und die zunehmende Akzeptanz rassistischer Übergriffe in Israel sind erschreckend – selbst für jemanden wie mich, der nicht unbedarft in die Region kam, überraschend. Die israelisch-jüdische Antiquarin, bei der ich kürzlich in Westjerusalem nach Klassikern des Zionismus fragte, dachte, ich hätte neulich Gebrauch von meinem Recht auf Rückkehr als Jude gemacht. Als sie hörte, wer ich bin, freute sie sich und sagte, es sei von immenser Bedeutung, dass mehr Palästinenser zurückkehrten, um das Klima in der Gesellschaft zu verändern, die politische Linke in Israel zu stärken und sich endlich einer friedlichen Lösung zu nähern.

Gleichzeitig werde ich von Palästinensern willkommen geheißen, als wäre ich von einem Aufenthalt im Ausland zurückgekehrt. Ein Taxifahrer auf dem Weg von Erez nach Gaza sagt begeistert: „Willkommen. Schau, das ist dein Land.“ Palästinensische Partner betonen, wenn sie mich innerhalb der Organisation oder in Dörfern bei Notablen vorstellen, ich sei auch Palästinenser, aber aus Deutschland. Man erhält sozusagen Vorschusslorbeeren qua nationaler Zuschreibungen. Ich lasse mich nur selten auf Diskussionen über meine Identität ein. Es würde zu fruchtlosen Auseinandersetzungen und vielleicht zu Unverständnis bei meinen Gesprächspartnern führen. Bin ich ein Schwarzwald-Palästinenser deutscher Nationalität, der neulich Aliya [das hebräische Wort für die jüdische Rückkehr nach Israel] gemacht hat? So eine Diskussion überlasse ich gerne anderen.



Riad Othman arbeitet bei **medico international** seit November 2009. Bevor er als **medico-Vertreter** nach Ramallah ging, koordinierte er die Nothilfearbeit unter anderem in Pakistan und Ostafrika.

Die medico-Unterstützung in Israel und Palästina bewegt sich im Dilemma eines nicht gelösten Konfliktes, der die humanitäre Notlage der palästinensischen Bevölkerung zu einem Dauerthema verstetigt. Mit Partnerunterstützung engagieren wir uns für die Linderung der Notlage, mit Aufklärungs- und Lobbyarbeit beschäftigen wir uns mit ihren Ursachen.

Spendenstichwort: Israel/Palästina.

Frieden durch Krieg?



Foto: Reuters

Mali im Frühjahr 2013: Ein französischer Soldat durchsucht Einheimische an einem Kontrollpunkt im Vorort von Gao.

Mali/Afghanistan: Eine kontroverse Podiumsdiskussion über Sinn, Unsinn und die eigentümliche Logik von Militärinterventionen.

Die mit viel Geld und Druck von außen durchgesetzten Präsidentschaftswahlen in Mali am 28. Juli 2013 sollen den Eindruck erwecken, die französisch geführte Militärintervention habe dem Land Frieden und Freiheit gebracht. Schon bei der Podiumsdiskussion „Freiheit durch Krieg? Erwartungen und Folgen der Militäreinsätze in Afghanistan und Mali“, ging es darum, die Strukturen solchen äußeren Eingreifens auf den Prüfstand ihrer Versprechen zu stellen. An der Debatte am 22. März 2012 im Frankfurter Haus am Dom beteiligten sich die Zeit-Journalistin Andrea Böhm, der Schriftsteller Ilija Trojanow, Thomas Ruttig vom Afghanistan Analysts Network und Sabine Eckart von medico. Moderator war medico-Geschäftsführer Thomas Gebauer. Nachfolgend die stark gekürzte Fassung des Gesprächs.

Die dramatischen Entwicklungen in Mali werden hierzulande von einem medialen Diskurs begleitet, der von vermeintlich eindeutigen Bildern geprägt ist: böse Islamisten, gute Touareg, Soldaten, die mit Applaus in Bamako begrüßt werden. Wie würden Sie die Verhältnisse in Mali beschreiben?

A. BÖHM: Ich muss gestehen, dass auch ich ein eindeutiges Bild im Kopf hatte. Ich dachte: Tragisch, dass es gerade dieses Land erwischt hat. Eine stabile Demokratie, ein Erfolgsmodell, in das von westlicher Seite viel investiert wurde. Und jetzt kommt wie aus heiterem Himmel die Rebellion, die Sezession und plötzlich ist al-Qaida da. Als ich im August 2012 nach Mali gereist bin, stell-

te ich fest, wie wenig von all dem stimmte. Fast alle, mit denen ich in Bamako und weiter nördlich gesprochen habe, hatten keine Wut auf die Islamisten, sondern auf die Touareg. Die zweite Überraschung war, dass auch das Bild vom „malischen Erfolgsmodell“ nicht stimmte. Es hatte einmal eine Berechtigung, in den vergangenen Jahren aber wurde Mali von multiplen Krisen heimgesucht: von einer Staatskrise, die durch die Rebellion der Touareg enorm verschärft wurde, die ihrerseits durch den Krieg in Libyen mit angeschoben wurde, und zu der dann der militante Islamismus hinzukam, über den Drogenschmuggel bis zur Verfilzung der Eliten.

I. TROJANOW: Die Lage der gesamten Sahel-Zone und insbesondere von Mali ist für mich das zugespitzte Resultat dessen, was Naomi Klein „Katastrophenkapitalismus“ nennt. Dort läuft absolut alles schief, was man sich nur vorstellen kann. Mali, das schon früh vom Baumwollanbau abhängig war, ist zum Beispiel Opfer der billigen Baumwolle, die seit den neunziger Jahren im Zuge der Öffnung von Märkten in das Land gekommen ist. Mali ist auch Schauplatz von „land grabbing“ durch vor allem libysche Investoren. Hinzu kommen die Folgen globaler Entwicklungen im ganzen Sahel: Das Voranschreiten der Sahara, die Vertreibung von Menschen aus ihrem angestammten Land, die Korruption der Eliten, aber auch die Benutzung dieses Systems durch internationale Konzerne.

S. ECKART: Wenn man die Situation im Sahel und in Mali aufmerksam beobachtet, war es nicht

erstaunlich, dass sich bestimmte Konfliktlagen zugespitzt haben. Ilija Trojanow hat auf die ökonomischen Hintergründe hingewiesen. Hinzu kommt, dass es in Mali nicht um ethnische Konflikte geht, sondern um einen Konflikt zwischen dem Zentrum und ganz unterschiedlich garteten Peripherien, also auch um den Zugang zu Macht und die Kontrolle über Ressourcen. Im Süden gibt es Regionen, die mindestens genauso unterentwickelt sind wie der Norden (auf den sich ausländische Entwicklungshilfe konzentrierte, d.Red). Die Region von Kayes etwa gilt seit Langem als zentrale Auswanderungsregion Malis, wegen der Degradation der Ländereien, aber auch, weil der massive Goldabbau verhindert, dass Leute dort weiterleben können. Diese Region wird in kleinen entwicklungspolitischen Projekten zwar unter dem Gesichtspunkt der Eindämmung der Migration wahrgenommen. Sie wird aber nicht in dem Maße strukturell berücksichtigt wie der Norden, wo schon seit langem sicherheitspolitische Aspekte dominieren.

I. TROJANOW: Ich glaube, dass die Animositäten zwischen den Bevölkerungsgruppen auch Folge eines von außen auferlegten fremden Konzeptes, nämlich des Zentralstaates sind. Und in den ehemaligen französischen Kolonien ist eine besonders starke Zentralstaatlichkeit eingeführt worden. Der Zentralismus ist also ein völlig falsches System für diese Länder.

T. RUTTIG: Während die Franzosen überall einen Zentralstaat fördern, setzen die Deutschen auf den Föderalismus – ohne zu sehen, dass Länder wie Mali oder auch Afghanistan eben nicht wie Deutschland sind. Meines Erachtens ist es den Maliern aber ebenso wie den Afghanen völlig egal, ob ihr Staat zentral oder föderal organisiert ist. Sie wollen einen funktionierenden Staat.

A. BÖHM: Da würde ich widersprechen. Den Maliern ist diese Frage ganz und gar nicht egal. Man muss wahrnehmen, dass Mali 1991 eine

„Revolution“ mit einer wirklich echten, sehr mutigen Demokratiebewegung erlebt hat. Trotz aller Repressionen haben es die Menschen letztlich geschafft, die Diktatur zu stürzen. Das ist für das Selbstbewusstsein der Bevölkerung von enormer Wichtigkeit.

S. ECKART: Ich glaube auch, dass der Zentralstaat französischer Prägung in Afrika ein wesentliches Problem ist. Wir haben es bei Mali mit einem großen, extrem heterogenen Land zu tun, in dem sehr unterschiedliche Interessen und kulturelle Traditionen zusammengebracht werden müssen. Dezentralisierungsbemühungen gab es seit Anfang der 1990er Jahre in Folge der Revolution in Mali. Ein Grund für ihr Scheitern war der Einfluss der Eliten, die alles daran setzten, die zentralistische Struktur beizubehalten – aus einem einfachen Grund: Die Kontrolle über die Ressourcen lässt sich besser über den Zentralstaat sichern als über eine dezentrale Struktur.

Wie schätzen Sie vor diesem Hintergrund die von Frankreich angeführte militärische Intervention ein? Wiederholt sich hier gar die „afghanische Erfahrung“?

I. TROJANOW: Letztlich wiederholt sich bei jedem militärischen Eingriff dieselbe Geschichte. Dieselben Argumente, warum wir jetzt intervenieren müssen, haben die Engländer schon 1842 benutzt, um zu erklären, wieso sie Afghanistan befreien mussten. Sie wiederholen sich bei jedem kolonialen, postkolonialen, imperialistischen und postimperialistischen Eingriff. Das Problem ist, dass wir in unserem medialen Diskurs die Hoffnungen, die mit der militärischen Intervention verknüpft werden, immer schön reden und die horrenden Opfer und Verbrechen, die damit einhergehen, unter den Tisch kehren.

T. RUTTIG: Als die militärische Intervention in Mali begann, konnte man überall in den Medien von „Mali als dem afrikanischen Afghanistan“ lesen. Die deutlichsten Parallelen sehe ich allerdings

nicht in den Ländern selbst, sondern in „unserer“ Politik gegenüber diesen Ländern. Um die dortige Situation zu verstehen, reicht es eben nicht, auf die letzten paar Jahre zu schauen. Sehr viele Leute, die in Afghanistan an Botschaften und im Militär Entscheidungen treffen, haben keine Ahnung, wie es in Afghanistan vor dem 11. September 2001 ausgesehen hat. Von den Erfahrungen, die die Sowjetunion dort gemacht hat, will man nichts wissen, also auch nichts daraus lernen.

A. BÖHM: Ich sträube mich eher, in die Analogien zwischen Mali und Afghanistan mit einzusteigen, weil das sofort die Einschätzung heraufbeschwört, dass sich die Lage in Mali ebenso schlecht entwickeln wird, wie es in Afghanistan der Fall ist. Meines Erachtens ist in Mali nicht entschieden, wie es weitergeht. Der größte Unterschied ist der, dass es in Mali keine sowjetische Besatzung gab. Die Malier haben also nicht diese Traumatisierung eines unglaublich brutalen Krieges erlebt.

T. RUTTIG: Vergleichbar ist aber die Art, wie Interventionen in Konfliktzeiten und Konfliktgebieten gemacht werden: Von unseren Regierungen wird immer wieder das selbe, auf schnelle Lösungen ausgerichtete Instrumentarium beschworen. Dann kommt irgendwann das Eingeständnis, dass der Wandel doch nicht so schnell vonstatten geht. Schließlich geht zu Hause noch die Unterstützung verloren, sofern es die überhaupt gab. Als Politiker fängt man dann an, die Sache schönzureden. Niemand fragt zum Beispiel danach, wie die Schulen aussehen, die in Afghanistan aufgebaut wurden, ob es da auch Lehrer, Bücher oder Kreide gibt.

S. ECKART: Ich sehe auch einen roten Faden, der sich durch die Interventionen der vergangenen Jahre zieht: Dieser besteht nicht in einer klaren Destabilisierungsstrategie oder einem Masterplan, sondern in einem Agieren ohne wirkliche Kenntnisse der Verhältnisse vor Ort. Es wird stets



Fotos: Stephan Röhl

Andrea Böhm arbeitet seit vielen Jahren als Journalistin bei der Wochenzeitung „Die Zeit“ und beschäftigt sich dort mit internationalen Themen. Bei medico-Veranstaltungen war sie immer wieder zu Gast.



Thomas Ruttig gilt weithin als der deutsche Afghanistan-Experte. Er spricht mehrere afghanische Sprachen und ist auch für medico ein Referenzpunkt und Ratgeber.



Ilija Trojanow, Schriftsteller und Bestsellerautor (Der Welten-sammler), hat zuletzt das Buch „Eistau“ veröffentlicht. Er hat viele Jahre in Afrika gelebt. Auch ins malische Timbuktu führten ihn schon seine Wege. Allerdings vor der jüngsten Militärintervention.



Sabine Eckart arbeitet seit vielen Jahren als Projektkoordinatorin bei medico international. Sie hat den medico-Projektbereich Migration aufgebaut und die engen Beziehungen zu den malischen Partnern entwickelt, die häufig selbst das Schicksal der Migration und Ausweisung erlebt haben.

versucht, ad-hoc Akteure zu identifizieren, von denen man glaubt, sie zu Heilsbringern aufbauen zu können. Eine andere Politik müsste darin bestehen, dass gesamte Spektrum der Akteure ernst zu nehmen, um einen wirklichen Dialog zu fördern, der lösungsorientiert ist und in dem die Gesellschaft möglichst breit repräsentiert ist, wie das gerade in Mali unter dem Begriff des „Nationalen Ratschlags“ (Concertation Nationale) gefordert wird.

I. TROJANOW: Mir fällt kein militärischer Eingriff ein, der irgendetwas gelöst hätte. Im Gegenteil, ich glaube, dass alle militärischen Eingriffe – ob wir jetzt Kosovo nehmen, Bosnien nehmen, Afghanistan, Irak, jetzt Mali – zu neuen ungelösten Problemen geführt haben. Innerhalb der Struktur des Katastrophenkapitalismus erscheint es mir geradezu logisch, dass der militärische Eingriff nichts anderes bewirken kann, als diese Katastrophe am Leben zu erhalten.

A. BÖHM: Das sehe ich anders. Die Interventionen in Ost-Timor, die kurze britische Intervention in Sierra Leone, auch die UN-Intervention in Liberia waren unter dem Strich erfolgreich, auch wenn das nach wie vor extrem wackelige Staaten sind. Wie die Intervention in Mali ausgeht, ist ungewiss.

I. TROJANOW: Man kann von einer gelungenen Intervention nur sprechen, wenn es nicht andere, humanere Mittel gegeben hätte, die Besseres erzielt hätten. Im Falle von Sierra Leone hätte eine internationale Ächtung des Diamantenhandels viel schneller, viel früher, viel mehr gebracht. In der Literatur gibt es den Topos des Brandstifters, der den von ihm gelegten Brand löscht. Ihn dann als Held oder als politisch sinnvoll Handelnden zu bezeichnen, erscheint mir absurd. Wir müssen betrachten, welche anderen Lösungswege versäumt worden sind.

A. BÖHM: Eine Intervention ist – so egoistisch die Motivation der intervenierenden Militärmacht

auch sein mag – in erster Linie dazu gedacht, etwas zu stoppen. Natürlich kann man darauf verweisen, was in den Jahren zuvor falsch gemacht worden ist. Das hilft aber in der akuten Situation nicht viel.

S. ECKART: Ich sehe das anders. Eine Gemeinsamkeit zwischen Mali und Afghanistan ist gerade durch die Intervention erzeugt worden: Sie hat in Mali ein enormes Mobilisierungspotential für Radikalreligiöse geschaffen. Man kann das im Nachbarland Mauretanien sehen, wo die Radikalreligiösen gerade mit Verweis auf die Intervention in Mali ganz massiv auf dem Vormarsch sind.

Steht zu befürchten, dass nach dem Ende des Militäreinsatzes erneut eine tief enttäuschte Bevölkerung zurückgelassen wird? Welche Perspektiven sehen Sie für Mali?

A. BÖHM: Die kritische Frage lautet jetzt: Wer soll nach der Intervention die Kontrolle noch aufrechterhalten? Eine nach wie vor ziemlich schlecht ausgebildete malische Armee, die zudem einen enormen Hass auf arabische Milizen, aber auch auf die Touareg-Milizen hat? Oder die Truppen der westafrikanischen Staaten? Sie sind auch nicht richtig geeignet dafür. Das andere Problem wird sein, dass die Eliten in Bamako, deren Macht durch den Putsch in Frage gestellt worden war und die natürlich auch die Militärintervention befürwortet haben, sich jetzt denken, dass alles so weiter gehen kann wie bisher und sie zu keinen politische Reformen gezwungen sind. Die Frage ist also, welche Kräfte einen innenpolitischen Prozess anstoßen können? Und Europa steht vor der Grundsatzfrage, ob es gegenüber seinem Nachbarkontinent Afrika weiterhin eine Politik der Gefahrenabwehr verfolgen will.

I. TROJANOW: Man darf dabei eines nicht übersehen: Afrika ist für Finanzeliten der kommende Kontinent, in den enorm investiert wird. Denn Afrika ist einer der verbliebenen noch zu entwickelnden Märkte. Das einzige, was stört dabei, sind

eigentlich die normalen Afrikaner. Wenn von Demokratisierung geredet wird, ist damit eigentlich immer gemeint, die Eliten an der Macht zu halten, die nichts dagegen tun werden, dass die Investitionen fließen können.

S. ECKART: Auch Staaten wie Frankreich haben ein großes Interesse daran, die alten Eliten wieder an die Macht zu bringen. Dagegen sträubt sich aber ein Großteil der Gesellschaft, der eine gesellschaftliche Erneuerung will. Hierfür bräuchte es einen relativ breit angelegten Konsultationsprozess. Für so etwas gibt es in Mali durchaus positive Erfahrungen aus den 1990er Jahren. Bei all dem geht es zentral um die Verteilung des ökonomischen Wohlstandes. Momentan fließen 95 Prozent des nationalen Reichtums an Rohstoffen aus dem Land heraus. Die verbleibenden fünf Prozent sichern aber 71 Prozent des Staatshaushaltes. Müssten die transnationalen Konzerne und Abbauunternehmen ihre Steuern auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene abführen, gäbe das den Regionen und dem Staat neue Handlungsspielräume. Insofern geht es sowohl um eine politische als auch ökonomische Dezentralisierung.

Die malischen Partner von medico international sind Teil der lebendigen Zivilgesellschaft, die statt schneller Wahlen lieber einen nationalen Ratschlag wollen, in dem die Malierinnen und Malier eigene Wege eines demokratischen Prozesses und staatlicher Verfasstheit aushandeln sollen. Mit der Unterstützung von medico versorgen sie intern Vertriebene, die nach wie vor nicht in die umkämpften Regionen zurückkehren. Unter „Voix du Mali“ äußern sich unsere Partner auch zu den anstehenden Wahlen auf der medico-Webseite.

Spendenstichwort: Mali.

medico aktiv

In der Höhle des Löwen

Blockupy – ein anderes Gesicht der Bankenstadt Frankfurt

In den Auseinandersetzungen um Demokratie und Gerechtigkeit in Europa kommt Frankfurt am Main als Standort der Europäischen Zentralbank eine besondere Rolle zu. Nach vielfältigen Aktionen der Zivilgesellschaft gegen ein solches Europa kam letztes Jahr Blockupy als europaweiter Versuch hinzu, Protest gegen den antisozialen Kurs deutlich zu machen. Es hagelte Verbote der Polizei, was selbst das bürgerliche Frankfurt auf die Straße brachte. Dieses Jahr schien der Kurs der Polizei ein anderer zu sein. Und doch kam die vieltausendfache Demonstration nur wenige Hundert Meter voran. Es folgten Polizeiausschreitungen und der neunstündige „Frankfurter Kessel“.

Längst ist die Auseinandersetzung in Frankfurt ein symbolischer Kampf um Demokratie geworden. Denn auch ein „Kapitalismus ohne Demokratie“, so der Leiter des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftswissenschaften Wolfgang Streeck, ist eine Option für Europa. Dass medico international, in Frankfurt seit der Gründung ansässig, einen solchen Protest mit seinen Möglichkeiten unter-

stützt, liegt auf der Hand. Denn bei Blockupy geht es auch um neue Formen der Solidarität. medico beteiligte sich mit praktischer „Hilfe im Handgemenge“ auf dem Aktionscamp und mehreren Veranstaltungen: Mit attac diskutierten wir die „Kranke Krise“ und zeigten die Nebenwirkungen der Einsparungen im Gesundheits- und Sozialbereich am Beispiel von Griechenland auf. In den internationalen Debatten kamen medico-Partner zu Wort. Die oft gestellte Frage „Wie kann Widerstand aussehen?“ beantwortete die pakistanische Basisgewerkschafterin Zehra Khan, die auf Einladung von medico an den Aktionstagen teilnahm, ganz konkret – mit Megafon und „Cool, aber tödlich“-Aufklebern in Frankfurts Shoppingmeile Zeil. Mit Sitzblockaden in den Eingängen von Textildiscountern wurde dort gegen die globale Ausbeutung in der Bekleidungsindustrie demonstriert.

2014 soll das neue Gebäude der EZB in Frankfurt eingeweiht werden. Wieder wird es um die Frage gehen, ob man im Herzen des europäischen Kapitalismus das demokratische Recht auf freie Meinungsäußerung und Demonstration verwirklichen kann – und ob ein Europa des Gemeinwohls eine positive Rolle für die globale Verwirklichung der Menschenrechte spielen kann.

Globale Perspektive

Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit:
Der Kongress in Berlin

Es war ein ungewöhnliches Bündnis. Die Gewerkschaft Ver.di, attac, aber auch der Paritätische Wohlfahrtsverband und medico international organisierten gemeinsam mit anderen Organisationen einen Kongress, der sich mit den Ursachen der wachsenden Ungleichheit und alternativen Politiken beschäftigte. Der dreitägige Kongress im Mai 2013 glich einer Volksuniversität im besten Sinne des Wortes. Wer wollte, konnte erfahren, wie in der EU von den Maastrichter Verträgen bis zum Fiskalpakt ein Automatismus der Privatisierung und der Austerität entstanden ist, in dem sich die Politik ahnungslos selbst entmächtigt. Aber auch die, kenntnisreich von einer Ver.di-Kollegin vorgetragenen, Details zu lokalen Public-Private-Partnership-Unternehmen und deren geradezu grandioses Versagen dabei, besser und sparsamer als die öffentliche Hand zu sein, konnten einen in Erstaunen versetzen. Der südafrikanische Aktivist und medico-Freund Brian Ashley und die pakistanische Gewerkschafterin Zehra Khan konnten aus

diesen entfernten Enden der Welt deutlich machen, dass wir Gleichheit und Gerechtigkeit nicht mehr im deutschen oder europäischen Maßstab allein diskutieren können.

Das Umverteilungsprinzip von unten nach oben gilt längst weltweit, das zeigten die Beispiele aus Pakistan und Südafrika. Dass dabei wie in Südafrika auch eine zahlungskräftige schwarze Mittelschicht entstanden ist, hat die sozialen und politischen Konflikte nicht entschärft. Brian Ashley berichtete von der wachsenden Xenophobie und der zunehmenden Gewalt bei denen, die am Aufstieg nicht teilhaben können. Die Zunahme rechter und rechtsradikaler Tendenzen befürchtete der Wirtschaftswissenschaftler Heiner Flassbeck auch für Europa, wenn die Austeritätspolitik nicht gestoppt würde. Die ungarische Rechts-Entwicklung, so Flassbeck, sei kein Sonderfall, sondern Ergebnis einer aufgezwungenen Austeritätspolitik. Wenn Wissen Macht ist, dann war der Kongress ein Stück Eroberung von Macht. Wenn es das nächste Mal noch mehr als 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden, kommen wir vielleicht auch der Gerechtigkeit ein Stück näher.

Aufhängen, auslegen, aufkleben

„Cool, aber tödlich“ scheint das zynische Motto der globalen Textilindustrie zu sein. Die neuen medico-Poster und Flyer mit eingelebten kleinen Aufklebern rufen das in Erinnerung. Machen Sie in Ihrem [Shopping-] Umfeld auf die tödlichen Risiken und Nebenwirkungen der Mode aufmerksam!

„Cool, aber tödlich“-Materialien können Sie bestellen unter: www.medico.de/materialien. Infos zur Kampagne unter: www.medico.de/textil





1



2



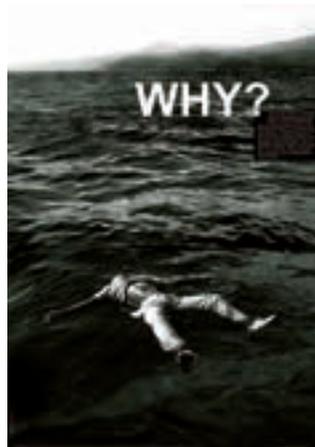
3



4



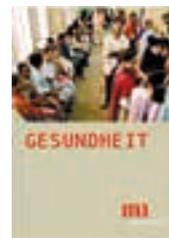
5



6



7



8



9

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt.

Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben, die medico-Stichworte, die Aktionsflyer aufmerksam! Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen.

Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.

Materialliste:**1 medico-Jahresbericht 2012**

[44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

2 stiftung medico international

[16 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

3 Fluchtursache Reichtum

[44 S.] Gold, Diamanten, Baumwolle und Fischbestände: In einigen Ländern Westafrikas zeigt sich, dass gerade der Reichtum an Rohstoffen die Migrationsbewegungen innerhalb Afrikas und nach Europa hervorruft.

4 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[24 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inklusive weiterführender Adressen.

5 Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit

[Plakate, DIN A1] medico-Plakate für Gesundheitszentren, Arztpraxen oder andere öffentliche wie private Orte. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind [7,40 €], würden wir uns über eine Spende freuen. Spendenstichwort: Gesundheit

6 WHY? Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas

[DIN A1] Das Plakat können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind [7,40 €], würden wir uns über eine Spende sehr freuen. Spendenstichwort: Migration

7 Cool, aber tödlich

Für das große Geschäft mit billiger Kleidung zahlen Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter mit ihrem Leben. Plakat, DIN A2 und Flyer inklusive 6 Stickern zur Aktion der Kampagne für Saubere Kleidung und medico international.

8 Stichwort Gesundheit

[40 S. DIN A5] Das Sonderheft zur Weltgesundheit bleibt nicht bei der Beschreibung der Katastrophe stehen. medico zeigt Projekte der Abhilfe und beschreibt das Gesundheitsnetzwerk, in dem wir uns global und lokal bewegen.

9 Mehr Gerechtigkeit für Millionäre und Milliarden Menschen!

Flyer von medico und Attac zur Kampagne Umfairteilen, die fordert, Reichtum weltweit zu besteuern und die Einnahmen global gerecht zu verteilen.

Ich bestelle:

_____ **medico Jahresbericht 2012**

_____ **Broschüre: stiftung medico international**

_____ **Broschüre: Fluchtursache Reichtum**

_____ **Broschüre zu Testament und Erbschaft**

_____ **medico Plakate: Gesundheit DIN A1**

_____ **Plakat: WHY? DIN A1**

_____ **Plakat: Cool, aber tödlich**

_____ **Flyer: Cool, aber tödlich**

_____ **medico Stichwort: Gesundheit**

_____ **Flyer: Mehr Gerechtigkeit**

_____ **Broschüre: Migration und Klimawandel**

_____ **Flyer: Auf Rohstoffraub**

_____ **medico Rundschreiben 011 13**

Anzahl

Name _____

Straße _____

Ort _____

Meine Spendennummer _____

Ich möchte:

kostenlose Materialien bestellen

dass einmalig für diese Bestellung eine Spende in Höhe von _____ € von meinem Bankkonto abgebucht wird.

KTO _____

BANK _____

BLZ _____

Datum _____

Unterschrift _____

**Bitte einsenden an
medico international
Burgstraße 106**

D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an [069] 43 60 02



Spendeninformation

Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.

Spenden

Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte.

Fördermitgliedschaft

Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Arbeit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

Impressum

Herausgeber: medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002

E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp, Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Artt
Art Direction: Heine/ Lenz/ Zizka Projekte GmbH
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

Spendenquittung

medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Spendenkonto

medico international, Spendenkonto 1800,
Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01



Zustiftungen

Die Stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.

Marek Artt und Hendrick Specken

Allgemeine Anfragen und Spendenquittungen
Tel.: [069] 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

Gudrun Kortas

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte,
Zustiftungen oder Testamentsspenden
Tel.: [069] 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

Monika Hufnagel

Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden
zu einem Jubiläum, Geburtstag o.ä.
Tel.: [069] 944 38-23 | E-Mail: hufnagel@medico.de

Noch eine Bitte: Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, und geben Sie dabei auch Ihre alte Anschrift an. So bleiben wir in Verbindung.

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.

www.medico.de/spenden

Eine andere Welt braucht eine andere Öffentlichkeit

Lesen Sie weiter.
Informieren Sie sich.

www.medico.de*



Highlights unserer Homepage:

Kampagne: Tödliche Textilien – Für das große Geschäft mit billiger Kleidung zahlen Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter mit ihrem Leben | **Guatemala:** Ein Plädoyer für das Ende der Straflosigkeit – Szenen aus dem Prozess gegen Ex-Diktator Ríos Montt | **Israel + Palästina:** Film – Wider die Verdrängung | **Mali:** Ausblick Frieden – Blog von Alessane Dicko | **Nicaragua:** Giftiger Zucker – Industrielle Landwirtschaft richtet Mensch und Natur zugrunde | **Gesundheit:** Weltgesundheitsorganisation kritisch beobachten – medico unterstützt die WHO-Watchers | **Kampagne:** Gerechte UMFÄHRTeilung muss eine globale Perspektive eröffnen

Regelmäßige Informationen über die Aktualisierungen auf der Webseite erfahren Sie über den medico-Email-Newsletter.

„Weil aber die Vorhersagbarkeit von Wirkungen heute in zunehmendem Maße von Hilfsorganisationen verlangt wird, haben viele damit begonnen, ihre Ziele zu reduzieren. Mit den Projekten, die medico international mit seinen Partnern in aller Welt fördert, wollen wir nicht zur Stabilisierung des Bestehenden beitragen. Bewusst verstehen wir Projekte als Teil einer Suche nach Alternativen.“

Aus dem Vorwort.



NEU: Jahresbericht 2012. Die medico-Gesamtschau.

Nothilfe: Syrien – Krieg ohne Ende? Gesundheit: Brasiliens steiniger Weg zur Weltmacht. Menschenrechte: Krise und Hilfe in Mali. Psychosoziales: Trauma-Arbeit im Neoliberalismus. medico vor Ort: Alle weltweiten Partner und Projekte. Transparenz: detaillierter Finanzbericht u.v.m.

44 Seiten kostenlos. Tel. [069] 944 38-0, info@medico.de



medico international